

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dietrichsche 3,30 Mk. monatlich 1,10 Mk.

Die Insertions-Gebühre
Beträgt für die sechsgepaltenen Hofzetteln
oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gewerbliche Zeitungs-

Berliner Volksblatt.
Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Dienstag, den 18. März 1902.
Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Bürgertum und Revolution.

Als durch die Pariser Februar-Revolution auch in Deutschland
die Lawine endlich ins Rollen kam, war Deutschland zwar mit
revolutionärem Blüddampf reichlich genug angefüllt, allein der große

ließ er sogar auf dem Bundespalais die schwarz-rot-goldene Fahne
aufpflanzen. Alle deutschen Staaten beeilten sich, den Volkswünschen
Gewährung zu versprechen. Aber das Volk hatte mit fünflichen

versammlung vertödelte, statt erst einmal durch Einführung
der Volksbewaffnung und Auflösung der stehenden Heere die Macht
der Reaktion endgültig zu brechen und sich selbst eine wirkliche

Der Bauernstand hatte sich in dem Zeitraum von 1815-1848
allmählich und unter den schmerzhaften Opfern von den schlimmsten Wänden
„abzulösen“ vermocht, doch bedrückte ihn beim Ausbruch der Revo-

Als am 18. März eine stark proletarisch durchsetzte Volks-
versammlung eine Adresse an den König richtete, in der die
Schaffung eines Arbeitsministeriums ge-

War die deutsche Revolution ein Kampf des dritten Standes
gegen den Feudalismus, so war die grandiose Volkshebung der
Pariser Kommune 1871 im wesentlichen der Vergewaltigungskampf der

Aus der preussischen Volksvertretung
des Jahres 1848.

Die „preussische Nationalversammlung“, wie die konstituierende
Versammlung des Revolutionsjahres oft genannt wird, bewies schon
durch die Art ihres Zustandekommens, wie wenig demokratisch-

Man sieht, die Versammlung trieb in ihrer Zusammenfassung
den Charakter der Revolution: die Auslehnung des bürgerlichen
und ländlichen Mittelstandes gegen den Feudalismus, wieder, und so

bedeutete zwar die Ablehnung des Antrages der Linken, der den
Märzkämpfern direkt den Dank der Versammlung vollere Wissen
wollte, allein auch die obige Erklärung drückt durch den Verlust von

Insbesondere war die „Versammlung zur Vereinbarung der preussischen
Staatsverfassung“, wie ihr offizieller Titel lautete, trotz der
indirekten Wahl, aus der sie hervorgegangen war, doch recht wesent-

Die Versammlung geht, in Erwägung, daß die hohe Be-

„Gaben nicht Trauer Gottesdienste stattgefunden für die Berliner
Helden? Hat man nicht in allen Provinzen reichliche Beiträge
für die Hinterbliebenen derselben gesammelt? Und man wollte noch

aus. Die Proklamation der Kommune war die Antwort des Pariser Volkes.

Auf eine Widerlegung der unsäglichen Bourgeoislegenden über die Kommune-Regierung, von der übrigens noch nicht ein Drittel der Mitglieder der Arbeiterklasse angehört, braucht an dieser Stelle ebenso wenig eingegangen zu werden, wie auf die vielfach in proletarischem Geiste gehaltenen sozialen Maßnahmen der Kommune, die freilich zum guten Teil deshalb nicht voll zur Wirklichkeit kommen konnten, weil von Anfang an die Kämpfe gegen die Versailler Truppen alle Kräfte in Anspruch nahmen. Die demokratische Selbstlosigkeit der Kommunerwaltung aber steht jedenfalls ebenso einzig in der Geschichte, wie der Heldismus der Kommunalämpfer während des wochenlangen Verzweiflungskampfes. Kein größerer Gegensatz ist denkbar, als zwischen der ungeheuren Energie der überwiegend proletarischen Pariser Freiheitskämpfer und der Jämmerlichkeit der deutschen Revolutionsphilister in ihrer ungeheuren Mehrzahl.

Und ebenso heillos, wie der Gemeininn und Heldennut der Kommunards war auch die Bestialität der Versailler Gensendarmen, in erster Linie des Generals Galliffet. Die ungeheure Grausamkeit, mit denen die herrschende Klasse das um seine politische und soziale Freiheit kämpfende Pariser Volk niedermekeln ließ, zeigt aber auch deutlich, wie unüberwindlich die Klust geworden ist, die sich im Laufe der Entwicklung zwischen den Kapitalisten und dem Proletariat aufgethan hat.

Karl Marx hatte durchaus recht, als er die Kommune-Erhebung die glorreichste That des französischen Proletariats seit der Juli-Insurrektion nannte. Man vergleiche mit diesen Himmelsstürmern von Paris die Himmelsklaffen des deutsch-preussischen heiligen römischen Reiches mit seinen posthumern Mastkaden, duffend nach Kaserne, Kirche, Krantjunkerthum und vor allem Philistertum!

Und an einer andren Stelle:

„Der Kampf der Arbeiterklasse mit der Kapitalistenklasse und ihrem Staate ist durch den Pariser Kampf in eine neue Phase getreten. Wie die Sache auch verlaufe, ein neuer Ausgangspunkt von weltgeschichtlicher Wichtigkeit ist gewonnen.“

Politische Uebersicht.

Verlin, den 17. März.

Die deutsche Frau und Minister Studt.

Das preussische Abgeordnetenhaus brachte am Montag in der zweiten Lesung des Kultus-Staats das Kapitel „Elementarunterrichtswesen“ zu Ende und trat dann in die Beratung des Kapitels „Kunst und Wissenschaft“ ein.

Ein Titel „Beihilfen zur Unterhaltung höherer Mädchenknoten“ gab dem freistündigen Abg. Wedekamp Veranlassung, die Zulassung der Erichtung von Mädchengymnasien und Erweiterungen im akademischen Studium der Frauen zu fordern. Der Kultusminister Studt verlas darauf eine in reaktionären Anschauungen schwelgende Erklärung, deren rednerische Wiedergabe, so sorgfältig sie vorbereitet schien, dem Minister nicht ohne allerlei kleine Entgegnungen glücken wollte. Den Forderungen der Frauenbewegung steht Herr Studt sehr unwirsch gegenüber; Mädchengymnasien sind ihm ein „Experiment“, das die Unterrichtsverwaltung ablehnen muß. Das Beispiel der skandinavischen Länder und einzelne in Süddeutschland gemachte Versuche könnten für Preußen nicht maßgebend sein. Der Kultusminister ist ängstlich besorgt, daß etwa die „durch die Natur gegebenen und durch die Kultur entwickelten Unterschiede“ zwischen Mann und Weib durch Mädchengymnasien und Frauenstudium leiden könnten. „Der deutsche Familie muß die Eigenartigkeit der deutschen Frau nach Möglichkeit erhalten bleiben.“ Es sollen demnach auch den Frauen in ihrem Universitätsstudium keine Erleichterungen gewährt werden, und der unübereinstimmende Zustand, daß die studierenden Frauen auf das Wohl- oder Uebelwollen jedes Professors und Privatdozenten angewiesen sind, wird vom Minister aufs neue legitimiert. Kergerlich meinte Herr Studt, man könne von ihm doch nicht verlangen, den Jubrang der Frauen zu den männlichen Berufen noch zu fördern. Alles, was er thun will, sind einzelne Reformen im Lehrplan der höheren Mädchenschulen. Vielleicht soll auch in einzelnen Fällen gestattet werden, daß die Gymnasialaufre für Mädchen statt 4-5 Jahre in Zukunft 6 Jahre dauern. So viel ist allerdings sicher, wäre Herr Studt als weibliches Wesen auf die Welt gekommen — er wäre voll der deutschen Familien erhalten worden; nichts hätte ihn verführt, ein Mädchengymnasium zu besuchen. Ohnehin zeigt er auch als Mann in ausgeprägter Weise, die durch die Natur gegebenen und durch die preussisch-bureaucratische Kultur entwickelten Unterschiede“ zwischen einem frei denkenden Geist und einem preussischen Minister.

Dem konservativen Reaktionär und Pfarrer Schall ging selbst dies schlichteste Taktstück noch zu weit. Er hat den Minister vollauf

Hergensangst, nur ja den „extremen“ Forderungen gewisse Frauen, die ja auch die politische Gleichberechtigung der Frauen wollten, nicht nachzugeben. Auch der Centrums-Abgeordnete Dr. Ditrich empfahl ein vorsichtiges Vorgehen auf dem Gebiete der Frauenbildung.

Beim Kapitel „Kunst und Wissenschaft“ wurde von mehreren Rednern, wie schon im Vorjahre, angeregt, die Museen am Abend zu öffnen, eine Forderung, die von dem konservativen Abg. v. Labell mit dem Hinweis auf die Feuergefährlichkeit der elektrischen Beleuchtung bekämpft wurde. Der Generaldirektor der kgl. Museen Dr. Schöne machte außerdem auf allerlei finanzielle und verwaltungsmäßige Schwierigkeiten aufmerksam, so daß diese dankenswerte Anregung wohl vorläufig keine Aussicht hat, verwirklicht zu werden.

Ein paar allgemeine Kunstbekenntnisse leistete sich der national-liberale Dr. Lotichius, der es für nötig befand, mit einem gewissen Kathos die Selbstverständlichkeit in die Welt zu setzen, neben der klassischen Kunst habe auch die moderne Kunst in Malerei, Plastik und Literatur ihre volle Berechtigung. Aber — so fügte dieser Kämpfe der Moderne warnend und besorgt hinzu — die Kunst müsse sich selbstständiglich frei „in den Grenzen der Ethik“ halten. Dann kam eine ganz schlichterne und verdeckte Polemik gegen gewisse kürzlich proklamierte Kunstansichtungen; man dürfe der Kunst keine Direktiven geben, sie müsse frei sein in Konzeption und Ausführung. Die Hauptfrage aber sei, daß in unserer Zeit des Materialismus auch der Idealismus gepflegt werde.

Diese Bekenntnisse einer fein differenzierten Seele bleiben leider vereinzelte; niemand von den übrigen Herren hatte zur Kunst noch etwas zu sagen.

Montagabend soll die Beratung fortgesetzt werden.

Ein Geheimvertrag zwischen Centrumbauern und Bund der Landwirte.

An der Sände der — Verschiedenheit gehen die Agrarier sicher nie zu Grunde. Die agrarische „Tugend“ nur im Fördern jede Verschiedenheit streng zu verportnen, ist dem Centrum in den Jollkämpfen schon mehrfach recht unbecquem geworden: Ihr unterliegt die weitgehendsten agrarischen Forderungen, so lautet das Entweder, oder: wir verlassen Euch die Gefolgschaft, so lautet die Adresse der rheinischen Bauern an die Centralkämmer. Den Bauern zu gefallen, kam das Centrum aber doch nicht offen den Arbeitern gegenüber auch die unverschämtesten Wuchergelüste der Agrarier vertretend und daher sucht man die Arbeiter zu beschwichtigen, die bitteren Pflle der Brotverteuerung mit Saccharin zu versüßen. Zu diesem Zweck operiert man u. a. auch mit den Mädchen von der ausreichenden Gerechtigkeit, welche verlange, den Landwirten die Zahlung höherer Löhne an die landwirtschaftlichen Arbeiter durch höhere Verwertung der Produkte zu ermöglichen. Um die Sorge für die Landarbeiter noch besser zur Schau stellen zu können, hat man in das Programm des katholischen Volksvereins auch die Forderung: Koalitionsrecht für die Landarbeiter, aufgenommen. Das geht der Arbeiterfreundlichkeit der Agrarier, so ungeschuldig die Forderung, zu deren Verwirklichung ja doch nichts unternommen wird, auch ist, ganz gewaltig wider den Strich. Die „Rheinische Volksstimme“ läßt eine geharnischte Epistel gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter los und bemerkt darin:

... Es dürfte an der Zeit sein, daß die bäuerlichen Mitglieder des Volksvereins die Forderung stellen, der Volksverein möge die „Koalitionsfreiheit der ländlichen Arbeiter“ aus seinem Programm streichen. Soweit die ländlichen Arbeiter organisiert werden müssen, hat das im Rahmen des Bauernstandes zu geschehen. Die Organisation des Bauernstandes ist die Aufgabe des Bauernvereins. Der Volksverein möge also hier dem Bauernverein nicht ins Handwerk pfeifen. Jedem das Seine.“

„Jedem das Seine! Das ist wichtig ist! Die rheinischen Bauern stellen die höchsten Forderungen und wollen „alles oder nichts“ — der ländliche Arbeiter aber soll sich bedingungslos mit der Annte vollständiger Unfreiheit zufrieden geben. Jedem das Seine!

Die Bauern dürfen aber dem Centrum noch mehr zu schaffen machen; denn — so wird uns aus zuverlässiger Quelle berichtet — der Bund der Landwirte hat mit dem Rheinischen Bauernverein sich in aller Form verbrüderet.

Vereits in der zweiten Hälfte des Januar dieses Jahres hat — wenn wir nicht irren in Dären — zwischen einem Vertreter des Bauernvereins und dem Hainsting der rheinischen Mitglieder des Bundes der Landwirte eine Konferenz stattgefunden, auf der die Grundzüge für ein gemeinsames Vorgehen aller Agrarier festgestellt wurden. Man hat auch bereits sich dahin verständigt, daß die beiderseitigen Führer der lokalisierten Agrarverbände als Kandidaten für die Wahlen aufgestellt werden sollen. Die für das Centrum so blamabel ausgefallene „Schlichtung“

Uebel, er datiert aus den Zeiten des Kaiserrechts. Ich erinnere aber auch an die Gegenwart. Man weiß, wie in der neuesten Zeit der Adel ganz Deutschland mit tausend Familienkländen bedroht, deshalb habe ich die Uebersetzung, daß nur dann, wenn der Adel mit Stumpf und Stiel ausgerottet wird, die Freiheiten des Volks gedeihen können.“

Abg. Temme bekämpfte scharf die Vorrechte des Adels. „Das Jahr 1806 hat sie zuerst gebrochen; nur der Adel ist zur Erwerbung größerer Güter befähigt. Er darf kein Gewerbe treiben; er ist zu den höheren Offiziersstellen vorzugsweise geeignet; er darf sich mit „Weiberpersonen“, wie es im Gesetz heißt, von gemeinen Bürger- und Bauernstand nicht verheiraten. Er darf erbliche Bürgerämter versehen und sie mit einigen lumpigen Thaler abfinden. Das alles gilt zum Teil noch. Was ihm an Vorrechten genommen ist, hat er seit 1815 auf andren Wegen wieder zu erlangen gesucht, und noch jetzt sieht man ihn überall, wo es gilt, den Freiheiten des Volkes entgegen zu treten. Welche Namen ließ man jetzt, die in der Angelegenheit des unglücklichen Kaisers in Olmütz genannt werden, als Versuchsdere gegen das arme Wien? Nur Fürsten, Grafen und Barone, und nicht bloß öfentliche, auch preussische. Soll der jetzige Zustand noch länger dauern?“

Johann Jacoby sah scharf genug, um einen Beschluß des Hauses, der den Adel abschaffe, nicht zu überschätzen. Er begriff, daß nicht durch Parlamentreden und Beschlüsse die Reaktion verhindert werden könne. Er äußerte sich deshalb: „Der Gegenstand ist eine Sache von keiner großen politischen Wichtigkeit. Nach meiner Meinung aber den Wert einer Erklärung der Rechte des Volks, die wir jetzt beraten, sieht diese selbst die Rechte nicht gegen Verletzungen. Gebührt das politische Bewußtsein eine feste Gestalt, so sind wir von selbst gesichert, gelangt es aber einer noch immer mächtigen Partei, es auf den alten Zustand zurückzuführen, so schließt die Erklärung nicht vor Verletzung.“

Welch minimale Bedeutung die Beschlüsse einer gesetzgebenden Versammlung haben, hinter der nicht die nötige Macht steht, bewies die Annahme des Antrages des Abg. Stein, daß der Kriegsminister einen verwandernden Gehalt an die Offiziere wegen der reaktionären Untriebe unter denselben richten möge. Bivar veranlaßte die Annahme dieses Antrages den Rücktritt des Ministeriums Gansemann und die Erklärung des neuen Ministeriums Pfuel, daß der Kriegsminister den Generalkommandos seinen festen Willen mitgeteilt habe, allen Bestimmungen im Offizierscorps fest entgegen zu treten, allen Wzangel konnte dertweilen 50 000 Mann Soldaten um Berlin zusammen-

zupich“ am 23. Februar d. J. — die Landwirteverbände erhielten damals von den katholischen Bauern ein Vertrauensvotum — war ein erstes Resultat dieses Vertrages.

Uebrigens legt sowohl der Bund der Landwirte wie der katholische Bauernverein großen Wert darauf, daß die Intimität des Verhältnisses verborgen bleibe, wie ja auch der Bund der Landwirte g e h i m e, bezahlte Agenten im Centrum unterhält. Die Herren haben sich in ihrer „Bauernschlau“ dahin verständigt, daß sie sich bei jeder Gelegenheit demonstrativ verleugnen. Die Staatsmänner des katholischen Bauernvereins sollten — so wurde verabredet — so oft wie möglich die Formel gebrauchen: Der Bund der Landwirte sei am Rheine nicht nötig.

Besonders pikant ist es nun, daß man neulich sogar an Gerichtsstelle diese veruschende Formel verstanden hat, vermutlich um ihre Glaubhaftigkeit zu erhöhen. In dem Prozeß des Herrn Bauer, des mit einem festen Gehalt angestellten Agenten des Bundes der Landwirte, trat für seinen „Bundesgenossen“ Herr Schreiner, der Redacteur der „Rheinischen Volksstimme“, als eifriger Reinigungszeuge auf. Und dieser Herr Schreiner nahm die günstige Gelegenheit wahr, vor Gericht feierlich — gemäß jener verabredeten Formel — zu erklären: Er und seine Freunde seien „dagegen, daß der Bund hier an den Rhein komme, wo der Bauernverein der ältere sei und die landwirtschaftlichen Interessen ausreichend vertreten.“

Das erklärt derselbe Herr Schreiner als Zeuge, der jenseit Abkommen im Januar mit dem Bunde der Landwirte getroffen hat; denn gerade dieser Herr Schreiner war es, der mit dem Führer der Händler Limburg und seinen Adjutanten Mey und Pilgram den Aktionsvertrag vom Januar geschlossen hat. Man muß gestehen: dieser Herr Schreiner nimmt es gewissenhaft mit seinen Vertragspflichten; sogar an Gerichtsstelle verkündet er die verabredete Formel, die dazu dienen soll, das schöne Verhältnis zwischen Bund und Bauernverein zu verschleiern: „Der Bund der Landwirte ist am Rhein nicht nötig!“ In der That, er ist nicht mehr nötig, da der katholische Bauernverein nur noch eine Filiale des Bundes der Landwirte ist.

Die Oefelbier strecken ihr Spinnweb weit aus, und alles geschieht höchst heimlich, im Stille der höchsten Hintertreppen- und Comarika-politik.

Das Centrum aber hat alle Ursache, dem Bund der Landwirte gegenüber nervös zu sein. Es gerät mit seiner „mittleren“ Politik, seinem „maßvollen“ Jollwunder in die gleiche Lage wie die Regierung: Sie gerät in die Mitte zwischen die Gleichermachen unmöglich drängenden: Centrumsarbeiter und Centrumsbauern.

Deutsches Reich.

Der Abschluß der Brüsseler Zuckerkonvention

hat in den Kreisen der deutschen privilegierten Zuckerverteurer große Aufregung hervorgerufen. Sie sehen mit vollem Recht ihren Zuckerzoll bedroht, da mit dem Fortfall des jetzigen hohen Schutzzolls und der Ausfuhrprämien es ihnen nicht mehr möglich sein wird, dem Inlande höhere Preise abzuschnecken als dem Auslande. Wie die Begünstigung des Spiritus durch Liebesgaben ist auch der Zuckerverein ein echtes Kind der Dickschädeln. Wenn die Begünstigungspolitik einzelner Interessententeile auf Kosten der Allgemeinheit — und just zur selben Zeit, wo die Vremereien von ihrer Ueberschnecke ersuchen, trifft den Zuckererwerb das selbe Schicksal, zumal hier sich auch noch das Ausland gegen den unläuteren Wettbewerb, den die Ausfuhrprämien hervorbringen, wehrt. Als die ersten Nachrichten über den Abschluß der Zuckerkonvention eintrafen, wurde vom Vorstande des Vereins der deutschen Zuckerindustrie eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, die am 6. März in Berlin zusammentrat. Nach dem ausführlichen Bericht, den das Organ des Vereins, die „Deutsche Zuckerindustrie“, gibt, ging es dort mehr als lebhaft her, zumal als ein Mitglied seine Unzufriedenheit mit dem Abschluß der Konvention äußerte. Es war ein Herr Keding aus Samarkand, der sich mit der Abschaffung der Prämien und der Herabsetzung des Einfuhrzolls einverstanden erklärte und seinen lieben Kollegen riet, doch nicht von ihrem Rabenbau so viel Weisheit zu machen. Dieser nehme doch nur 2 Proz. des deutschen Handels ein, noch dazu auf bevorzugtem Boden, er genieße eine weitere Bevorzugung durch künstliche Beförderungsweg, Eisenbahnen und Ghauffen, und er könne es nicht begreifen, daß er auch noch durch die Gesetzgebung bevorzugt werden soll.

Darob entstand unter den Zuckerverein-Freunden große Unruhe, die sich noch steigerte, als Herr Keding ansprach, er halte es für seine Pflicht als Landwirt, hier durch seine offene Erklärung die Regierung in ihrer Absicht, die Zuckervermieten abzuschaffen, zu stärken. Als aber Herr Keding auch das Kartell in sehr zutreffender Weise kritisierte, wurden seine Ausführungen in Gelächter und Schlußrufen erlöst. Natürlich war der Ueberagrarier Herr Dr. Köfide anderer Meinung, obwohl er

ziehen, um die Versammlung mit dem Dajonett auseinanderzutreiben!

Ein Antrag gegen die Junker-Privilegien sei schließlich noch erwähnt. Mit 27 gegen 69 Stimmen nahm die Versammlung folgende Anträge an:

„Jedes Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden ist ohne Entschädigung aufgehoben.“
„Die gesetzlichen Bestimmungen in betref der Sep., Schon- und Regenzeit des Adels, sowie das Recht zur Jagdfolge werden aufgehoben.“

In der Debatte erklärte der Abg. Walde: „Es soll kein Jagdrecht mehr geben. Jeder soll das Wild schiefen können, wenn er es auf seinem Boden findet. Jeder andere Zustand gehört dem Mittelalter, der Feudalität an, dem Staat, in dem einige für einige Vorteile genauen, dem Staat, für den man nicht schändliche Namen genug finden kann. Um eines Vergnügens, um des Wildparks willen werden die Saaten getreten. Ich denke, daß diese Gassen und Vorteile verschwinden müssen vor der Majestät unsrer Aufgabe und stimme für die unentgeltliche Ablösung.“

Es ist kein Zweifel, daß das deutsche Bürgerthum nicht gleich dem französischen ein Horden-Jeitler geholt hat. Neben dem grandiosen Befreiungskampf des bürgerlichen Frankreichs nimmt sich die deutsche Revolution geradezu kläglich aus. Statt revolutionärer Energie Halbheit, Konfusion und endloses Phrosengekräp. Und trotz alledem: neben den Vertretern unsrer heuligen Bourgeoisie nehmen sich die preussischen Volkskrieger von 1848 denn doch noch äußerst respektabel aus!

Ein halbes Jahrhundert ist seit der Revolution verstrichen. Aber noch haben die Freiheitskämpfer im Friedrchtshahn nicht das schlaueste Denkmal erhalten, sogar jede Inschrift wurde vom Polizeipräsidenten verboten. Ihre Wärtner hat die Bourgeoisie nicht nur laßig vergessen, sie hat sogar wieder mitgeholfen, ihr Andenken zu beschubeln und die „glorreichen“ Märzkämpfe vom Standpunkt des Raketen und des geistenden Aengstgen aus zu beschimpfen.

In dem preussischen Parlament, wo einst der Adel abgeschafft wurde, über die Junker ihr übermütiges Regiment. Und dem Gottesgnadentum, das gleichfalls durch Parlamentsbefehl in die historische Kammer geworfen worden war, schmeichelt mit einem beibehaltenen Byzantinismus das „liberals“ Bürgerthum. Orgeln der Unterthanen-Devotion, wie sie unsre Bourgeoisiepressen unsäglich erjb bei der Prinzenreise feierte, wären selbst in vorräzlichen Tagen unmöglich gewesen.

Abg. Jacoby:

Wir können es uns nicht verhehlen, es gibt eine Partei im Lande, die den Folgen der Revolution auf alle Weise entgegenarbeitet, die den großartigen Freiheitskampf der Märzkämpfe zu einem bloßen Straßentumult herabzuwürdigen und zwischen den Provinzen und der Hauptstadt einen gefährlichen Zwiespalt zu erzeugen sich bemüht. . . Wir müssen dieser Partei entgegenzutreten durch volle Anerkennung der Revolution in allen ihren Folgen. . . Der Grundlag, daß der Gesamtwillen des Volkes die ursprüngliche, die einzige Quelle jeder Macht im Staate, also auch der des Königs ist, dieser Grundlag der Volkssouveränität, ist in jenen Märzkämpfen zur vollen Geltung gekommen. Meine Herren, den Freiheitskämpfern jener Tage verdanken wir es, daß die Schmach des Absolutismus von uns genommen ist. Ihnen verdanken wir es, daß innerhalb weniger Tage Rechte und geworden sind, um welche jahrelang wir vergeblich gebeten haben. Es ist eine Pflicht der Dankbarkeit, die wir erfüllen, wenn wir diesen Männern öffentlich unsere Anerkennung aussprechen!“

Interessant ist auch der Beschluß, durch den mit 217 gegen 194 Stimmen dem König die Formel „von Gottes Gnaden“ aberkannt wurde. Man wollte auch äußerlich dem Gottesgnaden-Bewußtsein einen empfindlichen Stoß versetzen. Der Antragsteller Abg. Schneider erklärte offen herans, der Ausdruck „von Gottes Gnaden“ sei ein Begriff des gesürzten absolutistischen-patriarchalischen Regierungshyems und entstamme der Zeit der Finsternis, wo der Fürst der Herr, der Würger der Unterthan gewesen sei. Die Revolution habe bewiesen, daß auch das Volk „von Gottes Gnaden“ sei.

Der Abg. Siebert führte aus, daß sich in Folge der glorreichen Revolution vom 18. und 19. März das Bewußtsein festgesetzt habe, daß der König nur ein Schatzknecht Millionenenteil der Bevölkerung ausmache, ebenso wie jeder Tagelöhner auch.

Der Abg. Schulze erklärte herb: wenn eine Firma bankrott geworden, sei es Pflicht, sie nicht mit in das neue Geschäft hinüberzunehmen; dies sei mit der Formel des alten Absolutismus der Fall.

Eine, wenn auch etwas naiv überschätzte Aktion gegen das Junkertum bedeutet zwar die Abschaffung des Adels. Ein Ausendement zum Artikel 4 der Verfassung, daß den Wörtern habe, der Adel, sowie die Titel, welche kein Amt bedeuten, werden abgeschafft, wurde im Oktober mit der Mehrheit von 56 Stimmen angenommen.

Der Abg. Scheider erklärte: „Der Adel ist ein eingewurzelt

doch am Sonnabend vorher bei Besprechung der Weisfelder Konvention im Reichstage so wenig in der ganzen Frage Bescheid wußte, daß er beständig von einer Herabsetzung des Zolls auf 5 Jr. sprach, während nur der Ueberzoll von 20 auf 4,80 M. herabgesetzt werden soll, die 20 M. Zoll aber, die der deutschen Inlands-Verbrauchsabgabe entsprechen, noch hinzuzurechnen sind, so daß der Schutz zoll nicht 4,80 M., sondern 24,80 M. beträgt!

Am 6. März in der Versammlung der Zuckerinteressenten sah Herr Dr. Köstke wieder auf dem hohen Pferde, spielte sich als sachverständiger Vertreter der Landwirtschaft aus, und da er zu Gunsten der Zuckervertierung sprach, erntete er auch selbstverständlich großen Beifall.

Mit wie wenig Sachkenntnis die Sachverständigen in jener Versammlung ausgerüstet waren, zeigt die naive „Reinung“ eines Herrn Gutsoffers Grote (Clauen), die dahin ging, daß die Verdauung des Herrn Köstke, der Zuckerrübenbau mache nur 2 Proz. der deutschen Landwirtschaft aus, auf ungenügenden Informationen beruhe. Im Magdeburgischen, im Braunschweigischen, in der Provinz Hannover betrage doch der Rübenbau 25—33 Proz. der Landwirtschaft!

Nun genügt aber ein Blick auf die amtliche Statistik, um sich darüber Rechenschaft zu verschaffen, wie viel Areal in den verschiedenen Provinzen wie im ganzen Reich mit Zuckerrüben bebaut ist. Bei der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik von 1885 wurden gezüchtet landwirtschaftliche Betriebe mit Anbau von Rüben zur Zuckersabrikation 113 244, das sind 2,04 Proz. aller landwirtschaftlichen Betriebe. Bebaut mit Zuckerrüben waren 396 289 Hektar, das sind, da das gesamte Acker- und Gartenland 26,2 Millionen Hektar bedeckt, nur 1,5 Proz. derselben! Im Königreich Preußen waren im Jahre 1900 337 897 Hektar mit Zuckerrüben bebaut, das sind etwas weniger wie 2 Proz., in der Provinz Sachsen 110 330 Hektar, das sind 7,3 Proz., in der Provinz Schlesien 56 076 Hektar, das sind 2,5 Proz., in der Provinz Hannover 36 889 Hektar, das sind 2,7 Proz., in Braunschweig 24 800 Hektar, das sind 1,3 Proz., in Anhalt 19 904 Hektar, das sind 1,4 Proz. Von 25—33 Proz. ist also nirgends die Rede!

Herr Köstke hat also vollkommen recht, daß im Vergleich zur gesamten Landwirtschaft der Zuckerrübenbau nur einen bescheidenen Teil darstellt.

Das hindert aber die Zuckerrüben nicht, jetzt so zu thun, als ob der ganzen Landwirtschaft ein schwerer Schlag drohe, wenn der Rübenbau eingeschränkt werden dürfte. Wie sie die Gesetzgebung des Reiches nur, wo die Weisfelder Konvention die alte Privilegienwirtschaft über den Haufen wirft, zu Gewährung neuer Uebersgaben umgestalten sollen, wissen aber die Zuckervertärer selber noch nicht und deshalb fassen sie eine Resolution, die es für „verfüllt“ erklärt, sich sachlich zur Konvention zu äußern! Als ihr selbstverständliches Recht beanspruchen sie aber, daß die Regierung, ehe sie endgültige gesetzgeberische Dispositionen trifft, der deutschen Zuckerrindustrie und der deutschen Landwirtschaft Gelegenheit giebt, in eingehender Weise ihre begründeten Wünsche zum Ausdruck zu bringen.

Nun, unsere den Agrarier so freundlich gesinnte Regierung wird es daran nicht fehlen lassen. Sache der Handelskammer aber wäre es, wenn auch sie rechtzeitig Einspruch gegen das Fortbestehen der bisherigen Zuckervertierung und der durch die Gesetzgebung protegierten Ausbildung erheben! Das deutsche Publikum ist jetzt jahrelang von den Zuckerrichtern geschöpft worden, es hat in den letzten drei Jahren seit Verlassen des Zuckerzolls jedes Pfund Zucker nicht nur um die 10 Pf. Staatsabgabe, sondern auch noch um 8—10 Pf. für den Kartellwucher verteuert erhalten! Eine Hebung des Zuckerverbrauchs, die im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt wie in dem der Industrie, läßt sich nur dann ermöglichen, wenn der Wucherungen des Kartells schwindet und die Verbrauchsabgabe erniedrigt wird! Da das Reich bei Wegfall der Prämien jährlich an 30 Millionen Mark Ausgaben spart, kann es mindestens um den gleichen Betrag die Steuer erniedrigen, so daß diese anstatt 10 nur 6 Pfennige pro Pfund zu betragen hätte. Unsere Forderung wird so wie stets die Befreiung jeder Steuer auf Zucker fordern, da dieses ein notwendiges Nahrungsmittel ist. Aber freilich — der Militärstaat wird die mehr als 200 Millionen Mark, die er aus der Zuckersteuer zieht, nicht fahren lassen!

Herr v. Bobbielotti hat am Sonnabend den westfälischen Bauern „Wähigung“ gepredigt. In Münster wurde ein Denkmahl für den verstorbenen Freiherrn von Schorlemmer-Alst, den westfälischen Bauernkönig, der Begründer der westfälischen Bauernorganisationen enthält. Der preussische Landwirtschaftsminister hielt bei dieser Feier einen Vortrag, in dem er sagte, daß die Landwirte „nicht unmöglich in ihren Forderungen“ sein sollen und daß sie nicht hören müssen auf die „falschen Propheten“, die immer sagen: Ihr könnt Euch ganz allein auf den Hölleisack stellen.

Nachdem der preussische Minister wieder nach Berlin abgereist ist, eilen die westfälischen Bauernvereine alsbald zum heimlichen Stillschließen mit den „falschen Propheten“ vom Bund der Landwirte und suchen der Wähigung, die die Landwirte zu Grunde richtet.

Auswertung der Auswanderenden. Aus Bremen wird uns geschrieben: Die bereits gemeldete Massenauswanderung über Bremen bez. Bremerhaven hat der Norddeutsche Lloyd zu einer Erhöhung der Zwischenverkehrspreise auf denjenigen transatlantischen Linien benutzt, die für die Auswanderer besonders in Frage kommen. Auf diesen Linien ist der bisher schon recht hohe Fahrpreis um 10 Mark pro Platz erhöht worden, so daß die Ueberfahrt mit Schnell dampfern nach New York 170 M., mit Postdampfern nach Baltimore 150 M. und nach Galveston oder New York 160 M. für jeden Platz im Zwischenverkehr betragen. Das sind außerordentlich hohe Passagierpreise, die durchschnittlichen betragen sich sonst zwischen 120—140 M. Eine Oceanfahrt im überfüllten, mit Ausbissungen zum Ersitzen geschwängerten Zwischenverkehr, dessen staßnähliche Beschaffenheit in schreiendem Kontrast zu dem Prunk der Kajüten und Salons steht, müssen die in einer wirtschaftlichen Zwangslage befindlichen Auswanderer jetzt also wohl oder übel noch um 20—25 Prozent teurer bezahlen, als zu Zeiten geringeren Andrangs und damit verbundene verhältnismäßiger Bequemlichkeiten. Geld sinkt eben auch für die Aktionäre des „homotten“ Norddeutschen Lloyd nicht!

Der vom Lloyd gedruckte Hamburger Dampfer „Vatavia“ hat heute, Montag, mit 2400 Zwischendeckern an Bord die Beker verlassen. Diefelbe ungeheure Zahl — die Verdöblerung einer kleinen Stadt — hat am 3. März — seit 1891, dem Höhepunkt der Auswanderung nach Brasilien, zum erstenmale wieder — auch bereits der Lloyd dampfer „Mösin“ nach New York befördert.

Nach der amtlichen Statistik sind im Februar 1902 1206 Deutsche über Bremen und Hamburg ausgewandert (1901 743); dazu kommen 217 Deutsche, die über fremde Häfen ausgewandert sind. Die Zahl der im Februar über Bremen und Hamburg ausgewanderten Ausländer beträgt 18 821.

Im Krosigk-Prozess wird die nächste Verhandlung nach der „Ostdeutschen Volkszeitung“ am 10. April vor dem Oberkriegsgericht in Gumbinnen stattfinden.

Landrats-Abgeordnete. Unbeabsichtigt kochhaft schreibt das Reichblatt des Kreiswarts, der „Hinterländer Anzeiger“: „Herr Landrat von Heimburg trifft heute auf einige Tage hier ein.“

Dieser Herr Landrat ist nicht etwa der Landrat eines anderen Kreises, der nur Wiedenlopf befaßt, sondern er ist der angekommene Landrat des Kreises, der es vorzieht, lieber in Berlin seine Abgeordneten-Ämtern zu befehlen, als seinen Kreis zu verwalten.

Man sieht, wie entbehrlich Landräte sind; sie „besuchen“ nur gelegentlich „ihren“ Kreis. Inmischthum können sie in ihrer Abwesenheit den Kreis nicht schädigen, während die Anwesenheit der Landräte in Berlin für die politischen Verhältnisse höchst verberlich ist.

König Krupp an seine Unterthanen.

Man schreibt uns aus Essen:
Geschäftsmäßige Lohndrucke hatten es bisher gar trefflich verstanden, König Krupp mit dem Nimbus eines ganz besonderen Menschen- und Arbeiterfreundes zu umgeben. Nicht allein, daß man es verstand, mit großem Tactum Bekanntheit für die sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen zu machen, als Großthät wurde jedesmal in die Welt hinausposaunt jede „Schenkung“ Krupps an die Kassen zc. Daß Krupp im vergangenen Jahre durch vorgenommene bedeutende Lohnabzüge sein Einkommen um 5—6 Millionen Mark — auf 20 bis 21 Millionen Mark — steigerte, das den Arbeitern zu erzählen, hütet man sich; wenn Krupp aber von solchen Gappen ein Stümchen für die Pensionskasse abfallen läßt, dann geben die journalistischen Volksbeschwindler sich wie besänftigt über die Hochherzigkeit und Uneigennützigkeit der Exzellenz. Auch beeilte sich zum Ueberflus die Lokalpresse auch noch, König Krupp vor dem Verdacht zu schützen, er sei mit irgend welchen schroffen Maßnahmen gegen seine Arbeiter einverstanden: Wenn Herr Krupp das erfahre, würde er für Verrückten gehalten, so lautete der von den Psendofreunden der Arbeiter fabrizierte Spruch und gläubig wurde der nachgebetet; Hunderte Male hörten wir es aus dem Munde aller Arbeiter. Ein ganzer Sagenkreis von Wohlfahrts thaten umwob die Gestalt des Herrschers Krupp und von Tag zu Tag hoffte ein großer Teil der Arbeiter auf das plötzliche Hervortreten des Wohlfahrts und damit, so wünschte und glaubte man, habe alle Ungerechtigkeiten, schlechte Behandlung, Ghilane ein Ende. Und nun ist der Traum ausgeträumt! Die Arbeiter machten die Probe aufs Exempel, man wandte sich mit Beschwerden und Wünschen direkt an die Adresse der Exzellenz Krupp. Die Märchenwelt von Kruppischer Wohlfahrts thaten wurde von ihm selbst in Trümmer geschlagen; Krupp selbst zeigte, entblößt von dem Nimbus, in den ihn eine geschäftsmäßige Fama gehüllt, sich als der nach Gewinn und immer größerem Gewinn trachtende Unternehmer.

Am 28. Februar sandte man an S. M. Krupp auf Capri ein Telegramm, unterm 1. März ging eine ausführliche schriftliche Darlegung der Beschwerden und Wünsche der Arbeiter an ihn ab — aber die Unterthanen wurden einer Antwort überhaupt nicht gewürdigt, ganz so schweigend von der Erfüllung ihrer Wünsche. Am 6. März fand dann die schon kurz gemeldete zweite Versammlung statt, wo die Konstatierung, daß Krupp seine Arbeiter nicht einmal einer Antwort gewürdigt, größte Entrüstung hervorrief. Der Erklärung für die Zukunft müsse man jeden Versuch, Krupp von der Schuld für die auf der Fabrik sich zeigenden Mißstände freizusprechen, entschieden zuzuschreiben, für Krupp gebe es Entschuldigung nicht mehr, stimmten die tausenden Anwesenden einmütig zu!

An denselben Tage liehen dann die in der Schmiede S. S. beschäftigten Arbeiter, denen die Mittagspause genommen werden sollte, nochmals eine Eingabe an König Krupp abgeben. Rummel erfolgte die bereits im „Vorwärts“ mitgeteilte Antwort. Sie vollendet das Werk, sie jagt den letzten Rest von Harmoniedüffel zum Teufel. Das, was man bisher meist tauben Ohren predigte, Krupp selbst bestätigte es, er betrachtet seine Arbeiter nur vom Standpunkt des Kapitalisten, der nach steigendem Profit hungert. 21 Millionen Mark konnte Krupp im vergangenen Jahre als Einkommen versteuern, aber das ist kein gutes Betriebsergebnis; um solches zu erzielen, muß den Arbeitern die Mittagspause genommen werden, sollen die Lohnslaven ununterbrochen von früh morgens 6 Uhr Uhr bis abends 6 Uhr auf der Fabrik bleiben, so antwortete der berühmte Wohlfahrter! Der denkwürdige Passus aus König Krupps Antwort sei wiederholt mitgeteilt:

„Die Anordnung, daß die Arbeiter während der Mittagspause auf dem Werk bleiben müssen, ist zur Erzielung guter Betriebsergebnisse notwendig und liegt deshalb auch im Interesse der Arbeiter.“

Welcher Dohn! Die Arbeiter, denen man durch fortgesetzte Lohnreduktionen die immer größer werdenden „Padeuiste“ für König Krupp abzwang, sollen es in ihrem Interesse liegen empfinden, wenn durch weitere Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse endlich „günstige Betriebsergebnisse“ erzielt werden! Die Aufhebung der Mittagspause wurde von dem leitenden Betriebsassistenten gegen die Bestimmungen der Arbeits- und Gewerbe-Ordnung verstoßen. Einsprüche der Arbeiter gegen die Ungeghechtheit wurden nicht beachtet und weil die Arbeiter die ungesetzliche Verfügung nicht beachteten, wurden 25 Mann gekündigt. Am Dienstag war die Kündigungszeit abgelaufen und die betreffenden Leute wurden, je von 2 Polizisten oder Feuerwehrlenten begleitet, in das Lohnbureau geführt, um ihre Entlassung in Empfang zu nehmen, gerade als wenn Verbrecher ihrem Richter und Mäher zugeführt werden. So verfährt man im gelobten Königreich Krupp, im Wohlfahrtslaboratorium Essen mit Arbeitern, die ungesetzlichen Maßnahmen Kruppischer Betriebsassistenten nicht bedingungslos sich fügen. Die Vorgänge haben das eine Gute, daß den Arbeitern endlich die Augen aufgegangen sind und sie endlich sich aufrufen, in der Organisation suchen, was sie bisher vergeblich durch das gute Herz der Exzellenz Krupp erwarteten: Gerechtigkeit, Vertretung und Wahrnehmung ihrer Interessen.

Der Prinz reist!

Am Anfang März reiste der älteste Sohn Wilhelm II. von Mannheim über Speyer nach Gernersheim. Dies Geschichts würdige die Eisenbahndirektion in Ludwigsbafen durch einen ausführlichen „Wachemerkalch“, den unser Mannheimer Parteiorgan im Wortlaut veröffentlichte. Es geht daraus hervor, daß Prinzen in Deutschland sich mit großer Ruhe einer Eisenbahn anvertrauen können. Es wird nicht nur technisch alles aufgeboten, um den Verkehr zu sichern, es muß sich nicht nur der ganze Bahnverkehr nach dem prinziplichen Sonderzug richten — schon eine Viertelstunde vor Durchfahrt des Zuges müssen z. B. alle Rangierbewegungen auf der Strecke eingestellt werden — es haben meist die Stationsvorstände selbst die richtige Stellung der Weichen und das Freiseln der Krüppelungen persönlich zu prüfen, es wird nicht nur für eine vermehrte Bahnbewachung Sorge getragen — sondern auch alle Weize der „Eisenbahnweste“ werden dem prinziplichen Reisenden zu Ehren entfaltelt. Es heißt in dieser Hinsicht:

Die Bahnwärter haben während der Vorüberfahrt des Sonderzuges die Uniformvorschriften genauestens zu beachten und den Rock vollständig zu schließen.
Kollschwärter tragen die Dienstmütze und feiertägliche Kleidung.
Der Oberbetriebsinspektor erscheint in schwarzem Rock und hohem Hut, mit Handschuhen.
Die Stationsvorstände der von dem Sonderzuge berührten Stationen haben während der Durchfahrt des Sonderzuges auf der Mitte des Bahnhofs vollständig zu weichen und den vorüberfahrenden Zug in mittelmäßiger Weise zu grüßen.
Das Zugbegleitungs-Personal legt sich auf einem Insignier, einem Schaffner und einem Wagenwärter zusammen. Dieselben tragen den Uniformrock vollständig geschlossen, schwarze Weste und, ausnahmsweise des Wagenwärters, weiße Handschuhe.“

Wie anders sonst, wenn im geschlossenen Gewand ein kimmerliches Weiblein als Streckenwärter den Zug saluirt. Wenn der Prinz reist, ist alles feierlich und „kaiserlich“ erhoben: schwarze Hosen, weiße Handschuhe, vollständig geschlossener Uniformrock, und alle Stationsvorstände stehen stumm und grühen militärisch!

Widwollen scheinen die Eisenbahner wirklich an einem Ueberflus von Personal zu leiden, während es sonst an allen Ecken und Enden fehlt.

Ausland.

Die socialistischen Abgeordneten und das Ministerium Zanardelli.

Rom, 15. März.
Im Widerspruch zu dem von mir früher mitgeteilten Beschluß der Zeitung der Socialdemokratischen Partei, haben die Parlamentarier-Abgeordneten beschlossen, zu Gunsten des gegenwärtigen Ministeriums zu stimmen, was vielleicht wieder zu ähnlichen Auseinandersetzungen führen wird wie im Juni 1901.
Die heutige Lage ist folgende:
Zur Zeit der Wiedereröffnung des Parlamentes versuchen die Landarbeiter-Vereinigungen ihre im letzten Jahre erkämpften Vorteile zu beschleunigen und ihre Lage endgültig zu verbessern. Im vorigen Jahre fanden sich die Landbesitzer einer ganz unvorhergesehenen Bewegung gegenüber und gaben infolge dieses unerwarteten Widerstandes ihrer Arbeiter leicht den Forderungen derselben nach. Jetzt aber sind die Besitzer, durch die erlittene Niederlage klüger geworden, gut vorbereitet; in einigen Gegenden haben sie beträchtliche Summen zur Anwerbung von Streikbrechern gesammelt, so daß die gestern Besiegten leicht morgen zu Siegern werden könnten.
So z. B. haben wir jetzt im Verceillesischen (Biemont), in Polesina (Benedig), im Modenesischen und im Ferraresischen (Emilia), wo im ganzen ungefähr 30 000 Landarbeiter streiken, Gutsbesitzer, die sich weigern, die im letzten Jahre festgestellten Beträge einzuhalten oder mit den Vertretern der Arbeitervereine zu verhandeln. Der Konflikt ist somit eher politischer als ökonomischer Natur. Die Besitzer legen offenbar den Wunsch, daß ein neuer ernstlicher Aufruhr entstehe und sich möglicherweise das Blutbad von Verreza wiederhole. Sie hoffen ferner auf die Niederlage des Ministeriums Giolitti-Zanardelli und auf die Bildung eines neuen reaktionären Ministeriums Sonnino, welches die Zusammenkunft der Landarbeiter verbieten und selbst die Vereine auflösen soll, um so wieder „den Frieden auf dem Lande herzustellen.“
Die Verhandlungen im Parlament behandeln nun eben diese agrarische Bewegung und dazu den von den Eisenbahner erforderten Sieg. Die Reaktionen verlangen eine feste Regierung, die das Land nicht „in die Hände der Socialdemokraten liefern“ und vermitteln einen neuen Gesetz, die Streiks der Bauern des öffentlichen Verkehrs verbünde. Die Liberalen und die Regierung hingegen behaupten, daß die Fortschrittswegung des Proletariats unvermeidlich sei, daß eine Reaktion nur zu Gewaltthatigkeit führen würde, und daß es weit besser sei, heftige Ausbrüche durch Einhaltung der Freiheit und Neutralität der Regierung in den wirtschaftlichen Kämpfen zu vermeiden.

Angesichts dieser Lage glaubten die socialdemokratischen Abgeordneten sich nicht berechtigt, der Reaktion beifällig zu sein und den Ausbruch von Unruhen unter Gefährdung der Verfassung zu schüren. Ebenso wenig glaubten sie sich berechtigt, die von den Eisenbahner gewonnenen 24 Millionen neuer Gefahr auszugeben, da höchst wahrscheinlich ein reaktionäres Ministerium die von dem jetzigen Ministerium mit den Eisenbahner abgeschlossenen Verträge nicht anerkennen würde. Die socialdemokratischen Abgeordneten sagten sich: Es ist besser von zwei Uebeln das geringere zu wählen; im Falle aber, daß wir uns geirrt haben, kann uns unsere Partei dafür tabeln und wir werden ihr das unabwehrbare Mandat zurückstellen. Zu Gunsten des Ministeriums stimmten 14 Abgeordnete, unter ihnen die Vertreter der Eisenbahner, der Hafenarbeiter, der Arbeitskammer und der Landarbeiter, gegen das Ministerium stimmten Ferrarri, Costa, Ros, Pasotti, zwei enthielten sich der Abstimmung.

Camillo Prampolini erklärte im Parlament die Gründe des Entschlusses der Mehrheit mit solcher Ueberzeugung und Veredelmheit, daß das ganze Haus ergriffen wurde, und selbst die Reaktionen laudierten ihm mit größter Aufmerksamkeit. Der Präsident der Kammer unterbrach den Redner mit den Worten: „Oh Apostel des Friedens, beharren Sie in dieser edlen Gesinnung, die Ihnen so hohe Ehre macht.“ Prampolini betrauert das gegenwärtige Dilemma in folgender Weise: Die socialdemokratische Partei hat sich eine Pflicht gestellt, die sie mit Aufopferung und unermüdeten Fleiße erfüllt. Sie ist bemüht, die Proletarien von allen rohen Zornausbrüchen fernzuhalten und bei persönlicher Gefahr gegen den Arbeitgeber soll kein Kampf gegen die gegenwärtige Klasse gereinigt werden. So werden durch die Wirkung des Socialismus die schärfsten aus dem Elend und aus der Unwissenheit entspringenden Instinkte ausgelöscht. Das Proletariat verfolgt heute einzig eine humane Politik, die zur großen Umwälzung der sozialen Stände führen soll. Die Konventionen hingegen haben die Arbeiterklasse noch immer als eine völlig untergeordnete Klasse an. Dann hat die Socialdemokratie eine zweite Gegenpartei in den Liberalen des Ministeriums, die eine vermittelnde Richtung einnehmen. Da nun angesichts dieser beiden Strömungen die socialdemokratische Partei zur Zeit noch nicht auf ein socialistisches oder sehr radikales Ministerium hoffen kann, so will sie für die Liberalen stimmen, um wenigstens die ärgsten Feinde der Arbeiterklasse von der Regierung fernzuhalten.

Niederlande.

Reaktion in der Socialpolitik. Nach dem nun bereits seit 13 Jahren bestehenden Arbeitsgesetz dürfen Frauen und jugendliche Personen in Fabriken und in Arbeitsplätzen nicht vor 5 Uhr morgens und nicht nach 7 Uhr abends beschäftigt werden, jedoch mit der Einklarung, daß für bestimmte Betriebe mit besonderer Erlaubnis des Ministers die Beschäftigung bis 10 Uhr abends angedehnt werden kann. Von dieser Vergünstigung machen die Fischräudereien, Fischwäudereien und Fischsalzereien einen ausgedehnten Gebrauch. Die Unternehmer sind aber auch hiermit nicht zufrieden, und der „christliche“ Ministerpräsident Dr. Rupee hat auf ihre Veranlassung einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach Frauen in den Heringräudereien vom 1. Oktober bis zum 15. März bis 12 Uhr nachts, vom 15. März bis zum 1. Juni sogar bis 2 Uhr beschäftigt werden können. Doch soll die Arbeitszeit 8 Stunden pro Tag nicht übersteigen. Die Unternehmer haben auch die Zulassung der Sonntagarbeit verlangt. Das hat der Minister aber rundweg abgelehnt. Dagegen sträubte sich jedenfalls sein christliches Gewissen.

Spanien.

Ministerkrise. Der spanische Finanzminister Ursalz gab infolge des Scheiterns seiner Bankreform seine Demission. In einem außerordentlichen Ministerrat erweiterte sich diese partielle Ministerkrise zur Demission des Gesamtministeriums. Man nannte u. a. Romero Rios als künftigen Rabinettchef, doch wurde Sagasta wiederum mit der Bildung des Ministeriums betraut. Sagastas Versuche, Rios zu veranlassen, in die Neubildung einzutreten und ein sogenanntes „großes Ministerium“ zu bilden, scheiterte, da Rios ablehnte. Die künftige Großjährigspredung und die Uebernahme der Regierung durch den jugendlichen König, welcher kommenden Mai sein 16. Jahr zurücklegt, sollen auf die Ministerkrise nicht ohne Einfluß gewesen sein.

Der Boeren-Krieg.

Reue englische Schuppen.
Nach einer Kapstädter Ausgabe der „Daily Mail“ wurden die Operationen gegen die Unfallschiffe in der nordwestlichen Kapkolonie durch Eroberung zweier britischer Convols mit Proviant für die dortigen Garnisonen erheblich behindert. Details fehlten noch, aber die Affairen wären sehr bedauerlicher Art gewesen, da große Quantitäten Proviant in die Hände der Unfallschiffen fielen. Der Feld zählte 1500 bis 2500 Mann unter Kommandant Maritz. Alles war vorbereitet, die

Stachhauslinie von Victoria-West-Koast gegen die Lambertsbahn vorgeht, und nach Verproviantierung der Garnisonen sollten die Operationen beginnen. Damit ist es nun nichts. Innerhalb der letzten Wochen wurden die Operationen der Boeren an verschiedenen Stellen erneuert. Der Feind besteht durchaus aus Veteranen und den besten Streikkräften.

Bekanntlich sollte die Kapkolonie bis auf einige verpöngte Bänder von Boeren geäubert sein. Und nun läßt man sich von einem Feind von so ungeahnt großer Stärke über große Convois abnehmen, wobei es natürlich auch nicht ohne große Mannschiffsverluste abgegangen sein wird.

Es scheint wirklich nötig zu sein, daß, wie die Militärbehörde mitteilt, 10 000 Mann Verstärkung nach Südafrika abgehen!

Botha und De Wet.

Die „Times“ veröffentlichten ein Telegramm aus Pretoria, wonach Botha nur über 700 Mann verfügte und sich in östlicher Richtung von Brakley vor den Truppen Hamiltons zurückziehe. Schalk-Burgher und die Boerenregierung halten sich nördlich von der Delagoa-Bahn auf.

De Wet und Stein befinden sich westlich von der Hauptbahnlinie des Orange-Staates und werden von den englischen Kolonnen zwischen Heilbron und Frankfurt verfolgt. — Man glaubt, Botha verjage sich Delarey anzuschließen.

Zu den Gemeindegewahlen.

Neu-Weisensee. Die Gemeindegewahlen finden für die dritte Klasse am Freitag, den 21. März, von 4—7 Uhr nachmittags statt. Im ersten Bezirk sind von uns aufgestellt die Genossen Gustav Seibert und Eduard Kasielke; im dritten Bezirk der Genosse Adolf Garb. Die Wahllokale befinden sich für den ersten Bezirk in Albrechtshof, Vorstraße 13, für den dritten Bezirk bei Volzmann (früher Vohhaus), Frenzlauer Chaussee.

Die Wahlen der zweiten Abteilung werden am Dienstag, den 25. März, vormittags von 10—1 Uhr, vorgenommen. Das Wahllokal befindet sich bei Tischenschler (fr. Föhling), Langhansstr. 106. Unsere Kandidaten in der zweiten Wählerklasse sind die Genossen Emil Schumann und Karl Hauffchild.

Am Donnerstag, den 20. März, abends 8 Uhr, findet im Vereinslokal Charlottenburgerstr. 150, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Zahlreiches Erscheinen der Wähler der zweiten und dritten Klasse ist notwendig.

Die Parteigenossen, namentlich aber die Mitglieder des Wahlvereins werden aufgefordert, am Mittwoch, den 19. März, abends 8 Uhr, Mann für Mann zur Flugblattverteilung sich einzufinden. Treffpunkt bei Wasserhahn, König-Chaussee 55 und bei Tischenschler, Langhansstr. 106.

Nähe jeder die kurze Spanne Zeit bis zur Wahl aus zu intensiver Agitation!

Zu den Gemeindegewahlen in Reinickendorf. Endlich ist der Wahltermin für die Gemeindegewahl amtlich bestimmt worden. Für die erste und zweite Abteilung finden die Wahlen am Mittwoch, den 26. März, statt.

Für die dritte Abteilung für den Bezirk West am Dienstag, den 25. März d. J., im Parischen Restaurant, Scharnweberstraße 67/68.

Für den östlichen Ortsteil am selben Tage im Restaurant Kaiser Friedrich-Garten (Seepark, M. Süß), Residenzstraße 48.

Die Wahlen beginnen pünktlich nachmittags 3 Uhr und werden abends 8 Uhr geschlossen. Die Neuzuwählenden in der dritten Abteilung dürfen nicht anwesend sein und werden die Gemeindevorordneten gemäß § 54 der Landgemeinde-Ordnung auf 6 Jahre gewählt.

Jeder Wähler wird nach der Reihenfolge der Wählerliste aufgerufen und muß dem Wahlvorstand mündlich den Namen des von ihm zu Wählenden nennen.

Für unsere Parteigenossen sind dies, für den westlichen Bezirk: der Genosse Ohl, für Ost: Genosse Jendried. Es ist erforderlich, daß sich die Parteigenossen mit Legitimationspapieren versehen.

Für den Arbeiter und Proletariat kommt es darauf an, Vertreter ins Vorparlament zu senden, denen das echte, große, heilige Gefühl für Menschenrecht und Menschenwohljahret im Herzen liegt, die aus innerster Ueberzeugung für die Forderungen der Socialdemokratie eintreten. Und diese Forderungen können nur Socialdemokraten vertreten.

Wenn es daher ernst ist um das Gemeinwohl, der wähle die Genossen Ohl und Jendried.

Herzfelde. Heute, am 18. März, von 3 1/2—5 Uhr nachmittags wählt die dritte Klasse der Gemeindegewahl im Lokale von Tassler. Kandidat ist der Maurer Otto Schröder. Alle in Berlin arbeitenden Wähler werden dringend ersucht, die Hoffnung der Gegner, durch die so unangünstige Wahlzeit noch einmal „unter sich“ bleiben zu können, zu Schanden zu machen und am Wahltag zu erscheinen. Die Bürgerlichen versuchten am Sonntag, im letzten Augenblick, einen zweiten Arbeiterkandidaten in dem königlichen Bergarbeiter Suchsdorf auf den Schild zu erheben. Gemeindevorsteher und Gemeindevorteiler waren einträchtig an der Arbeit, aber — es gelangt nichts mehr! Zahlreich erschienen die Arbeiter in der unter Aufsicht der Öffentlichkeit einberufenen „Wähler-Versammlung“, unterstützt vom Genossen Grauer-Lichtenberg. Trotzdem der „liberale“ Herr Schlegel den Befehl der Logik zwingt, der Gemeindevorsteher einen „gebildeten Kandidaten“, einen solchen, mit dem er und die „anderen“ einverstanden sein könnten, verlangte, wurden die Gründe, die der Genosse Grauer für unsere Kandidaten ins Feld führte, mit großem Beifall aufgenommen und Gemeindevorsteher sowie „Gemeindevorteiler“ mußten zusehen, wie die große Majorität für Schröder gegen Suchsdorf stimmte. Suchsdorf war aber auch ehelich genug zu erklären: Meine Stellung als Arbeiter im königlichen Bergwerk macht es mir unmöglich, für die Forderungen einzutreten, die die Arbeiter in ihrem Kommunalwahl-Programme niedergelegt haben. Wenn also jeder Wähler seine Pflicht erfüllt, dann wird auch hier die „Ordnungspartei“ gepregelt.

Zur Gemeindevorteiler-Wahl in Schmargendorf ist noch mitzuteilen: Die Beteiligung an der Wahl war lebhaft. 50 Prozent der eingeschriebenen Wähler gaben ihre Stimme ab. Die Tätigkeit der Gemeindevorteiler, in der das belebende kontrollierende und kritisierende sozialistische Element fehlt, hat selbst bürgerliche Kreise unzufrieden gemacht. Der Verlauf der Wahl trug zur Stärkung der Opposition viel mit bei. In den Wahllokalen fehlten Einwohner, die 10—16 Jahre hier ansäßig sind. Auch unserer Partei gingen dadurch mehrere Stimmen verloren. Delle Anteilnahme tief die Verkündigung des Wahlergebnisses hervor. Ohne eine Abstimmung des Wahlbureaus herbeizuführen, erklärte der Gemeindevorsteher die auf die beiden Kandidaten, welche nur 12 Stimmen für sich abgebenen Stimmen für ungültig und den Kandidaten der Antipartei mit 89 Stimmen für gewählt. Die Beisitzer fügten dem Wahlprotokoll einen Protest bei. Die Ablehnung des Gemeindevorsteher widerspricht unseres Erachtens dem § 41 der Land-Gemeinde-Ordnung, in dem es heißt: „Jede im Wohnhaus im (geteilten oder ungeteilten) Miteigentum mehrerer, so kann das Gemeindericht“ auf Grund dieses Beschlusses nur von einem derselben ausgeübt werden.“ Der § 40 bezeichnet als „Gemeindericht“ auch, „das Recht zur Vereidung und Befragung von Amtsträgern in der Verwaltung und Vertretung der Gemeinde“. Gegen die Wahl wird voraussichtlich Protest erhoben. Der „Sieg“ der Antipartei ist eine moralische Niederlage derselben. Zwei Drittel aller Wähler stimmten für die oppositionellen Kandidaten und erklärten sich dadurch gegen die jetzige Gemeindevorteilerwahl.

Bezugsvorläufiger Redakteur: Carl Reid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Ad. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Dabing in Berlin.

Reinickendorf. Die Gemeindevorteiler-Wahlen finden am Dienstag, den 25. d. M., von nachmittags 3 Uhr bis abends 8 Uhr statt. Wahllokale: Im Osten: Kaiser Friedrich-Garten (Süß), Residenzstraße; im Westen: Marks Restaurant, Scharnweberstraße 67/68. Wähler-vereinsammlungen finden statt für den Osten am Donnerstag, den 20. d. M., abends 8 Uhr bei Reu-bauer, Hausstrasse 43, für den Westen am Sonnabend, den 22. d. M., abends 8 Uhr bei Ww. Thomas, Ede Eichhornstraße und Auguste Victoria-Allee, und am Montag, den 24. d. M., abends 8 Uhr bei Muster, Ede Berliner- und Humboldstraße. — Flugblatt-Verbreitung: im Osten, am Mittwoch, abends 8 Uhr, die Genossen haben sämtlich bei Puhier, Provinzstraße 48, zu erscheinen; im Westen: am Donnerstag, abends 8 Uhr. Die Genossen vom Wahlplan treten vollständig bei Engel an, alle übrigen Genossen bei Klinge, Berlinerstraße. — Genossen! Seid Mann für Mann auf dem Posten! Die Furcht vor uns hat die Gegner bewogen, ihre sonstigen Intereien hinauszusetzen und sich gegen uns zu vereinen. Macht ihre Anstrengungen zu nichts und sorgt, daß der 25. März ein Ehrentag für die Reinickendorfer Socialdemokratie werden!

Pankow. Die Wahlen der ersten und zweiten Wählerklasse sind am Freitag ohne jedes allgemeine Interesse in einigen Stunden erledigt worden; handelte es sich doch nur um eine Handvoll Wähler, von denen die Wahlen vollzogen wurden. In der zweiten Wählerklasse findet eine Stichwahl zwischen dem „Waterländer“ Rechtsanwalt Hoffmann und dem „Bürgervereiner“ Conrad statt. — Mit welchen Mitteln die Bürgerlichen versuchten, in der dritten Wählerklasse Erfolge zu erringen, geht aus folgendem hervor: Im ersten Bezirk der dritten Abteilung stand unfrem Genosse Freiwaldt der „Herrgott von Pankow“, Herr Brauereibesitzer Bradel (Inhaber von Willers Weichbier-Brauerei), gegenüber. Herr Bradel nannte sich den Wählern der dritten Wählerklasse gegenüber sehr bescheiden „Prokurist Bradel“. Am Freitag wurde Herr „Prokurist Bradel“ in der zweiten Wählerklasse aufgestellt und auch gewählt und zwar unter dem klingenden Namen „Brauereibesitzer Bradel“. Die von unsren Genossen erzielten Resultate können wir dahin zusammenfassen, daß die dritte Wählerklasse für jetzt und in Zukunft ein fester Bestand der Socialdemokratie geworden ist. Genosse Clemen, welcher in beiden Bezirken gewählt ist, hat das Mandat für den ersten Bezirk angenommen. Die Nachwahl für den zweiten Bezirk ist auf Montag, den 24. d. M., durch amtliche Bekanntmachung festgesetzt worden.

Friedrichsfelde. Die gestrige Gemeinderats-Ersatzwahl zeitigte folgendes Resultat: Genosse Cronwald 327 Stimmen, Genosse Buresch 322 Stimmen. Von den Wählerkandidaten erhielt Danz 325 und Hinz 324 Stimmen. Da die absolute Majorität 328 beträgt, so hat Stichwahl stattgefunden.

Friedrichshagen. Die gestrige Gemeinderatswahl brachte uns einen vollen Erfolg. In beiden Bezirken wurden unsere Genossen mit großer Stimmenmehrheit gewählt. Im ersten Bezirk erhielt Genosse Kramm 202 Stimmen, der Gegner 99; im zweiten Bezirk Genosse Sonnenburg 330, der Gegner 59 Stimmen.

Versammlungen.

Vom Hexenwahn, Nachtsbilder aus der Kultur- und Religionsgeschichte, lautete das Thema, über das Rechtsanwalt Victor Franke am Donnerstag in einer öffentlichen Versammlung des socialdemokratischen Wahlvereins für den ersten Wahlkreis, die in den Armiahallen tagte, sprach. Bezugnehmend auf eine Anzahl Hexenprozesse, auf den „Hexenhammer“ und andre historische Dokumente gab der Vortragende eine lehrreiche Schilderung des wahnwitzigen Aberglaubens an Hexen und Teufel, der verbreitet und auf's eifrigste gefördert durch das Papsttum, zu entsetzlichem Massenmord und schrecklichster Folterung unschuldiger Menschen geführt hat. Unter Hinweis auf die Huldigungen, die noch in unrer Zeit sehr von protestantischer Seite dem Papsttum als Machtfaktor dargebracht werden, und auf die Ständeleuten, die die Ultramontanen jüngst in der Versammlung in München verübt haben, kommt der Redner zu dem Schluß, daß wir es noch nicht sehr weit gebracht haben und noch viel Schmutz hinweg zu räumen ist, bis die Herrschaft des Lichts und der Freiheit andringen kann. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Zur Diskussion sprach Pretorius und forderte zum Austritt aus der Landeskirche auf. An der Versammlung nahmen auch mehrere Frauen teil.

Im Wahlverein für den zweiten Reichstags-Wahlkreis sprach am Mittwoch Dr. Arons in einer Versammlung im „Königsplatz“, Köpenickerstr., über die technischen Aufgaben, welche uns die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen stellt. Ausführlich erläuterte der Vortragende die komplizierten Bestimmungen des Landtagswahl-Reglementes, ging besonders auf die Verhältnisse in den zum zweiten Reichstags-Wahlkreis gehörenden Bezirken ein und zeigte, welche Tätigkeit eine umfassende Wahlbeteiligung notwendig macht. Am Schlusse seiner interessanten Ausführungen weist der Redner besonders auf den agitatorischen Wert eines allgemeinen Wahlbeteiligungs hin, durch die das Unstimmige des Systems erst recht zutage treten würde, und erklärt, ohne die Schwierigkeiten zu unterzählen, daß die Beteiligung uns auf jeden Fall nützen würde. — An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion, in der sich jedoch prinzipielle Gegner der Wahlbeteiligung nicht zum Wort meldeten. Unter anderem trat Hälle sehr entschieden für die Wahlbeteiligung ein und forderte vor allem diejenigen, die nicht preussische Staatsangehörige sind, auf, sich das Staatsbürgerrecht zu erwerben. — V. Doppel aus Köpenick führte u. a. aus, daß das Wahlsystem in der Kapkolonie, obgleich es nicht so gut sei als das in Transvaal, lange nicht so schlecht sei wie das preussische. Er habe sich als Deutscher geföhmt, daß hier solches Wahlsystem noch in Geltung sei. — Der Referent ging in seinem Schlusssatz auf verschiedene auf den Vortrag bezügliche Fragen ein. —

Eine starkbesuchte Versammlung des Centralverbandes der Töpler tagte am 12. Juli 1902 in Siegers Festhällen. Hermann Jahn referierte über das Thema „Arbeitslosigkeit“, deren Folgen und wie können wir dieselben mildern“. In kurzen Zügen schildert Redner die Zustände in Töplerberuf und kritisiert die Ursachen, durch welche die Arbeitslosigkeit bedeuend erhöht wird. Vor allem ist es die Accordarbeit, die dazu geschaffen ist, den Existenz des einzelnen Arbeiters anzuschwächen und ihn zur übermäßigen Arbeitsleistung zu zwingen. Um eine Besserung in diesen höchst ungelunden Verhältnissen herbeizuführen, schlägt der Referent vor, eine Maximalgrenze des Verdienstes festzusetzen und spricht die Erwartung aus, daß das Solidaritätsgefühl unter den Berliner Oefenheuern so stark sich zeigen möge, daß der Durchführer eines derartigen Beschlusses auch von den Kollegen keine Schwierigkeiten bereitet werden, die bisher in der Lage waren, mehr verdienen zu können. — Sämtliche Redner, mit Ausnahme eines einzelnen, sprachen sich im Sinne des Referenten aus, und fand eine Resolution gegen drei Stimmen Annahme, nach der die Maximalgrenze des Verdienstes in den Sommermonaten auf 9 für die Wintermonate auf 7 Mark festgesetzt ist. Weiter wurde ein Entwurf zur Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung bekannt gegeben und beantragt; die Diskussion darüber soll in einer demnächst stattfindenden Versammlung fortgesetzt werden. Nachdem auf die Exere die Töplermeister Bonhoff hingewiesen und einige andre Mißstände besprochen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die letzte Mitgliederversammlung des Verbandes des Massage, Bade- und Krankenpflege-Personal war sehr gut besucht. Es wurde beschlossen, vom April ab einen Massagekursus für die Mitglieder abzuhalten und ist als Ort des Gewerkschaftshauses

in Aussicht genommen. Ferner wurde nochmals der Beschluß gefaßt, an die Krankenkassen das Ersuchen zu richten, in erster Linie die organisierten Kollegen als Heilgehilfen und Pfleger für die Kassen zuzulassen; ebenso, daß die Krankenkassen nur Bade-Anstalten zu lassen, die organisierte Kollegen beschäftigen. Ferner wurde nochmals scharfer Protest gegen die Beschimpfungen durch den Stadtrat Ewigert erhoben, ebenso wurde berichtet, daß die Stadtkassen-Verwaltung von ihrem Personal fordert, daß daselbe nicht dem Verband angehören solle. Zum Schluß wurden noch die Verhältnisse des Massage-Instituts von Abraham kritisiert.

Die Mineralwasser-Arbeiter hielten am 9. März eine öffentliche Versammlung bei Franke, Sebastianstr. 39, ab. Streikner, der als Gast vom Centralverband der Handels- und Transport-Arbeiter anwesend war, führte den Versammelten vor Augen, wie notwendig es sei, sich zu organisieren. Der Redner empfahl An-schluß an den Centralverband. Er führte aus, daß der Verband mit den Kaufhäusern Jordan und Bertheim verhandelt hätte und daß die betreffenden Firmen die Organisation des Verbandes anerkannt hätten. Reicher Beifall lohnte den Redner. Dann referierte M. Kiesel über das Thema: Die wirtschaftliche Krise und die Notwendigkeit der Organisation. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Als neue Mitglieder ließen sich 9 Aufwende aufnehmen. An der Diskussion beteiligten sich War-muth, Schlotmann, Simon, Albold u. a. Simon erwähnte noch, daß der Schutzverband und der Verein der Mineralwasser-Fabrikanten dem Verein freundlich gesinnt seien.

Im Centralverein der Bureau-Angestellten referierte am 4. März Hrl. Imle über „Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften“. In der Diskussion, an der sich Danziger, Bauer, Zaddach, Fischer u. a. beteiligten, wurde Verchiedenes für und gegen Konsumgenossenschaften vorgebracht. Zur Abstimmung sprach Bauer. Der Redner gab den Kassenbericht für 4. Quartal 1901. Auf Antrag Bauer wurde beschlossen, dieses Jahr von einer Kranzspende für die Märzgefallenen abzusehen, sich aber so zahlreich als möglich am Besuche des Friedhofs zu beteiligen.

Lichtenberg. Eine Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins nahm zunächst einen außerordentlich heilsam aufgenommenen Vortrag von Manasse entgegen. Die hierauf vorgenommene Wahl Wolfs zum Bezirksführer des 12. Bezirkes, die entgegen dem Vorschlage des Vorstandes erfolgte, zeitigte die Amtsniederlegung des Gesamtvorstandes. Der Vertrauensmann übernahm die Geschäfte, und einstimmig fand eine Resolution Annahme, in welcher der Vorstand aufgefordert wird, bei der Gemeindebehörde, bei dem Bezirksausschuss und eventuell bei dem Minister Beschwerde zu führen über den schleppenden Gang in Sachen des zu errichtenden Gewerbegerichts. Der Vertrauensmann wurde beauftragt, umgehend eine außerordentliche Generalversammlung zur Neuwahl des Vorstandes einzuberufen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gemeindegewahl in Wien.

Wien, 17. März. Bei den Ergänzungswahlen für den Gemeinderat im dritten Wahlkörper wurden in sämtlichen 20 Bezirken die Christlich-Socialen mit großer Mehrheit gewählt. Die Deutsch-Fortschrittler hatten nur in fünf Bezirken Kandidaten aufgestellt, die Socialisten hatten Wahlenthaltung angekündigt. Unter den Gewählten befinden sich der Bürgermeister und vier Bürgermeister. Die Christlich-Socialen besaßen alle 46 Mandate des dritten Wahlkörpers.

Einbruch.

Wien, 17. März. (W. F.) In der verflochtenen Nacht wurde das Lokal des Wahlkomitees der hiesigen socialdemokratischen Handels-angestellten erbrochen und daraus das Mitgliederverzeichnis, ein Teil der Wählerliste und ein Geldbetrag entwendet.

Unterhand.

London, 17. März. (W. F.) Campbell Bannerman beantragt die Ernennung einer besonderen Kommission, welche alle Käufe und Kontrakte der Regierung für Zwecke des Krieges in Südafrika prüfen soll. Redner fährt aus, der Antrag sei gerechtfertigt durch die der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Thatsachen und durch die vorhergegangenen Erörterungen im Parlament. Das Interesse der Steuerzahler, der Truppen, der Beamten der betreffenden Departements sowie des Unterhauses mache eine unabhängige Untersuchung notwendig. Labouchere unterstützt den Antrag.

Regierungsminister Brodie erklärt: Aus der spärlichen Befragung der Wände der Opposition könnte man nicht entnehmen, daß das Haus über ein von ihr beantragtes Adelsvotum berät. Ueber die grundsätzliche Frage, daß eine Untersuchung anzustellen ist, besteht zwischen der Regierung und der Opposition keine Meinungsverschiedenheit. Aber die Regierung kann dem nicht zustimmen, daß dies jetzt geschehe.

Achtundentag in Staatwerkhütten.

Madrid, 17. März. (W. F.) Die „Gaceta de Madrid“ veröffentlicht ein Dekret des Finanzministers, durch welches für die Arbeiter in den Staatwerkhütten der achtstündige Arbeitstag eingeführt wird. Ueberstunden kosten mit einem Viertel des festen Lohnes pro Stunde vergütet werden.

Dresden, 17. März. (Privatepesehe des „Vorwärts“) Der Kassierer Schulte vom hiesigen Central-Theater, der 8000 Mark unterschlagen hatte und nach Jülich geschickt war, wurde heute vom Landgericht zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Hildesburg, 17. März. (W. F.) Das hiesige Landgericht erklärte die am 18. Januar d. J. von der Verwaltungsbehörde erfolgte Ausweisung des Hofbesizers Christian Fimmemann aus Leerdam, die auf Grund des Artikels 19 des Wiener Friedensvertrages im Jahre 1866 zum ersten und im Jahre 1870 zum zweiten Male für Dänemark optierte, unbeschadet einer späteren Wiedereinweisung seiner Optierungserklärung für rechtsgültig und befähigte die vom Schöffengericht in Hadersleben ihm wegen unerlaubter Rückkehr nach dem preussischen Staatsgebiet auferlegte Haftstrafe von vier Tagen.

Kassel, 17. März. (W. F.) Der in dem Prozeß gegen den Aufsichtsrat der Trebertraktungs-Gesellschaft als Zeuge vernommene Kaufmann Georg Christian Schäfer wurde heute von der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts wegen fortgesetzter Erweilung, begangen an dem Kaufmann Schlegel, früheren stellvertretenden Vorsitzenden der Trebertraktungs-Gesellschaft, zu 9 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust bei sofortiger Verhaftung verurteilt. Schäfer hatte sich seit 1897 zur jährlichen Zahlung von zuerst 2000, dann 3000 M. an Schäfer bereit gefunden, um damit dessen Schwestern über seine Vorstrafen zu erlösen.

Budapest, 17. März. (W. F.) Der Direktor der Hofener Spar-Kasse Samuel Augustin erschoß sich, nachdem der Secretär Mosler, welcher einen großen Betrag demontiert hatte, geflohen war. Infolgedessen fand ein demagogischer Sturm auf die Spar-Kasse statt, daß die Kassen gesperrt und Polizei zur Aufrechterhaltung der Ordnung requiriert werden mußte.

Suez, 17. März. (Melbung des Reuterschen Bureau) Im Suezkanal ist ein Petroleumschiff in Brand geraten, ein andres aufgefaßen und verlassen worden; es wird eine Explosion befürchtet. Der Verkehr durch den Kanal ist voraussichtlich auf drei Tage behindert.

New York, 17. März. (W. F.) Dem „New York Herald“ wird aus Lima telegraphiert, bei der Eröffnung einer neuen Brücke über den Maranon (Oberlauf des Amazonenstroms) sei die Brücke plötzlich eingestürzt und über 100 Menschen seien ertrunken.

Dieser 2. Beilage u. Unterhaltungsjahrb.

Der Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands

hielt am Sonntag und Montag im Berliner Gewerkschaftshause seine sechste Generalversammlung ab. Dieselbe war besetzt von 26 Delegierten aus folgenden Bezirken: Leipzig, Dresden, Chemnitz, Berlin I und II, Braunschweig, Gumburg, Pommern, Halle, Magdeburg, Meuselwitz, Jüdicau, Thüringen, Frankfurt a. M. — Den Jahresbericht erstattete der Verbandsvorsitzende Friedrich...

Die Geschäftsbesuche im März gab einen Ueberblick über die Resultate der unter den Lagerhaltern aufgenommenen Statistik: Eingegangen sind 162 ausgefüllte Fragebogen, die ein Bild über die Verhältnisse in ebensoviele Konsumvereinen geben. Geantwortet haben 692 Lagerhalter und Lagerhalterinnen, davon sind 612 Verbandsmitglieder...

Der Bericht, den der Kassierer Hennig erstattete, schließt in Einnahme und Ausgabe mit 7023,60 M. — Der Etat des Verbandsorgans beträgt 11 023,60 M. — Aus der Diskussion ist folgendes hervorzuheben: In Berlin ist, wie L. Z. sich ausführt, mit den Verwaltungen der Konsumvereine ein Uebereinkommen dahin getroffen, daß diese Verträge mit den Lagerhaltern abschließen...

Nach Schluß der Debatte wurde dem Gesamtvorstand einstimmig Decharge erteilt. Eine Resolution wurde angenommen, welche die Verbandsbezirke verpflichtete, für die Durchführung der angelegten Müheleistungen zu wirken...

Die Comptoiristen des Konsumvereins Vorwärts in Dresden waren Mitglieder des Handlungsgehilfen-Verbandes, sie sind aus demselben ausgetreten, weil sie in einem bestimmten Fall mit der Haltung des Handlungsgehilfen-Verbandes nicht einverstanden waren...

Diese beiden Punkte riefen eine ausgedehnte Debatte hervor, die jedoch kein allgemeines Interesse hat. Die Anstellung eines Verbandssekretärs mit einem Anfangsgehalt von jährlich 2000 Mark wurde beschlossen und dem Vorstand das Recht der Anstellung und Entlassung desselben übertragen...

Der Bericht des Ausschusses, den Boigt-Berlin erstattete, wurde ohne Debatte entgegengenommen. Hieran erfolgte die Wahl des Vorstandes. Derselbe hat seinen Sitz in Leipzig. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender Bösch, 2. Vorsitzender Friedrich, Kassierer Hennig, 1. Schriftführer Becker, 2. Schriftführer Pagen, Beisitzer: R. Krüger, Ort, Wuhl, Hallwag. Als Revisoren wurden Schmidt und Baumes gewählt...

Am folgte die Beratung verschiedener Anträge. Ein von Berlin gestellter Antrag: Zur Deckung dringlicher Ausgaben einen Teil der Verbandsbeiträge am Ort zu behalten, wurde abgelehnt. — Angenommen wurde ein Antrag, wonach Inserate für die Agitation

auf Verbandskosten in den „Monatsblättern“ aufzunehmen sind. — Von Berlin lag ein Antrag vor, welcher eine Milderung der vom Verbands aufgestellten Minimalforderungen hinsichtlich der Kautions- und Manfovergütung im Sinne der Beschlüsse der Brandenburger Konferenz verlangt. L. Z. begründete diesen Antrag, indem er, auf sachverständige Gutachten gestützt, ausführte, daß Fleisch-, Wurst- und Fettwaren durch Eintrocknen und Ausschneiden in kleinen Mengen einen bedeutend größeren Gewichtverlust erleiden, als durch die Manfovergütung gedeckt wird...

Partei-Nachrichten.

Aus dem badischen Partieleben. In fortgesetzter General-Versammlung beschäftigte sich der sozialdemokratische Verein in Mannheim mit dem Offenburger Parteitag. Es kam noch zu einer Auseinandersetzung zwischen Dresbach und Kagenstein, in deren Verlauf Kagenstein diese Erklärung abgab:

„Am Neßungenen zu vermeiden und den Schein einer unzulässigen Vereinigung der Landtagsfraktion nicht aufkommen zu lassen, gebe ich zu, daß ich mich mit meiner Drohung auf dem Parteitag — daß, wenn die Fraktion das Budget bewilligt, es in Mannheim einen Strich gebe — verhalten habe, und nehme dieseshalb die Schuld an.“ — Hierauf wird folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Offenburger Parteitages und dem Verhalten der Mannheimer Delegierten einverstanden...“

Als Landesvorstand wurden gewählt Pfeiffle als erster, Kagenstein als zweiter Vorsitzender, Zahn als Sekretär, Bösch und Eckardt als Beisitzer.

Gemeindevorwahlen. In Slamen bei Spremberg siegte unsere Liste in der dritten und in der zweiten Klasse einstimmig. In der ersten Klasse erhielten wir 7, der Gegner 13 Stimmen. In Altwarthau in Schleßen wurde in der dritten Klasse der zweite Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Fingerring-Verdragens im Kreise Breslau-Land-Neumarkt wurden vier Genossen vom Schöffengericht Breslau zu je 6 M. Geldstrafe verurteilt, einer wurde freigesprochen und Genosse Schütz wegen Anstiftung zu 15 M. verurteilt.

Die Empfehlung, künftighin die Gesetze besser zu studieren, ausgesprochen gegenüber einem Polizeikommissar, und zwar im „böhmischen Tone“, trug dem Genossen Weber in Ebing 15 M. Geldstrafe wegen Verleumdung ein.

Unwahre Thatsachen soll der Genosse Karl Thiel in Rassel, früher Redacteur am dortigen Parteiblatt, über den Pfarrrichter dort und die Oberin des Kasseler „Noten Kreuzes“, Eveline Bauer, behauptet haben. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde deshalb gegen Thiel vor der Strafkammer verhandelt und dieser zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt, da der Wahrheitsbeweis vollständig mißlungen sein soll.

Die Dorfzeitung in Hildburghausen hatte über die Accordanten-Diskussion in Lübeck geschrieben und gefogt, daß die Teilnehmer wegen ihrer Duldung in dieser Frage 3 Monate eingesperrt werden müßten. Dies hatte die „Altenburger Volkszeitung“ als den Gipfel des Blödsinns und die Dorfzeitung als das dümmste Blatt Thüringens bezeichnet. Dadurch schloß sich der Chefredacteur der Dorfzeitung beleidigt und klagte gegen den verantwortlichen Redacteur der „Altenburger Volkszeitung“, Genossen Kühn, der dafür zu 50 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Aus Industrie und Handel.

Die Reichsbank. Reichsbankdirektor Dr. Koch nahm in der Sitzung des Hauptauschusses Anlaß, auf die in der Wochenberichtsung sich ergebende steigende Goldfalle hinzuweisen. Die Anlage, welche seit Ende 1901 um 492 Millionen Mark, in Wechseln allein um 296 Millionen Mark, gesunken ist, betrage jetzt 17, beziehungsweise 8 Millionen Mark weniger, als in den beiden letzten Jahren, freilich immer noch erheblich mehr, als in den übrigen fünf Vorjahren. Der Metallbestand sei mit 1050 Millionen Mark und 152 bzw. 217 Millionen Mark stärker, als in den beiden letzten Vorjahren...

Die Lage des Geldmarktes spiegelt die Verhältnisse in der Industrie wieder, die Unsicherheit läßt die Geldgeber zu einer festen Anlage ihres Vermögens nicht kommen, deshalb der flüssige Geldstand. Gleichzeitig ergibt diese Geldfalle aber auch einen Beweis unsrer verbreiteten wirtschaftlichen Grundfrage, daß in einer Zeit, wo die bitterste Armut in den unteren Volksklassen herrscht, die oberen Zehntausend von Sorge erfüllt sind, wie sie ihr Vermögen gewinnverwendend anlegen sollen.

Von der Trebergesellschaft. Die „Hessische Korrespondenz“ mitteilt, daß der Direktor Schmidt dem Untersuchungsrichter gethanen haben, daß sämtliche Tochtergesellschaften der Trebergesellschaft von Anfang an mit Verlust gearbeitet haben. Sämtliche Gründungen erfolgten auf Veranlassung der Leipziger Bank. Insgesamt habe die Trebergesellschaft 120 Millionen von der Leipziger Bank erhalten. Die hiervon nicht buchmäßig vorhandenen 40 Millionen Mark seien in Leipziger Banknoten unter fingierten Namen gedeckt. An den fortgesetzten Bilanzschließungen seien außer Leipziger Bank zwei andre kleinere Bankinstitute beteiligt.

Die Bildung eines sächsischen Kohlenstudiums soll auf einer Anfang nächster Woche stattfindenden Konferenz Jüdicau und Delitzsch-Verwaltungen beschlossen werden. Außerdem soll diese Konferenz dahin beschließen, eine Preisermäßigung für Industrieohle vom 1. April ab eintreten zu lassen.

Auch eine Folge der Kräfte. Die Zahl der Auswanderer ist nach den veröffentlichten Ausweisen im Steigen begriffen. Dies deutet der Norddeutsche Lloyd, die Zwischendurch-Preise nach Amerika um 10 M. zu erhöhen. Die Preise betragen nach New York per Schnelldampfer 170 M., per Postdampfer 160 M., nach Baltimore 150 M., nach Galveston 160 M. Sie sind bereits in Kraft getreten.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Die Ober-rheinische Bank in Mannheim erzielte einen Reingewinn von 1 364 387 M. (im Vorjahre 1 300 186 M.) Dividende 6 Proz. — Die Allgemeine deutsche Kreditanstalt in Leipzig giebt ihren Gewinn auf 6 446 612 M. (6 091 567 M.) an. Dividende 8 Proz. — Die Magdeburger Privatbank verzeichnet nach Aufwanden des Dispositionsfonds von 378 078 M. und der Effekten-Konfortialreserve von 250 000 M. noch einen Verlust von 1 218 836 M., der aus dem Reservefonds gedeckt werden muß. — Die Fabrik für Nähmaschinen-Stahlapparate Weylich in Berlin berichtet über einen Reingewinn von 174 988 M. Dividende 20 Proz. — Bergmann — Elektricitäts-Werke in Berlin hatte einen Bruttoertrag von 1 988 001 M. (1 995 078 M.) Dividende 17 Proz. — Die Sudenburger Maschinen-Fabrik in Magdeburg schließt mit einem Verlust von 21 002 M. ab. — Die Rürnberger Metall- und Lackierwaren-Fabrik vorm Gebr. Bing, befreit ihren Reingewinn auf 171 781 M. (176 658 M.) Dividende 14 Proz. — Die Bremer Woll-kämmerei verfügt über einen Reingewinn von 1 288 881 M. — Dividende 10 Proz. — Die Berlin-Waldersdorfer Hut-fabrik verzeichnet 46 275 M. Verlust. Es ist eine Herabsetzung des Aktienkapitals beabsichtigt.

Sociales.

„Förderung“ des Arbeiterschutzes.

Es wurde vor einigen Tagen offiziös angekündigt, daß der Bundesrat den Arbeiterschutz jetzt noch wirksamer betreiben wolle wie bisher. Eine Probe davon liegt jetzt wieder vor. Die Ausnahmegesetze für die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Stein- und Kohlenwerken, datiert vom 17. März 1892, durch welche auf diesen Werken die Bestimmungen des § 136 G.-O. verschärft wurden, weiter verschärft durch die Verordnung vom 1. Februar 1895, laufen am 1. April d. J. ab. Durch Bekanntmachung des Bundesrats vom 15. März d. J. sind diese Ausnahmegesetze für die Verbandsbezirke von Preußen, Baden und Elsaß-Lothringen bis zum 1. April 1903 verlängert worden.

Es wäre interessant zu erfahren, welche Gründe den Bundesrat dazu veranlaßt haben. Für die übrigen Verbandsbezirke treten, sofern nicht etwa bis dahin noch eine neue Ausnahme-Verordnung ergeht, am 1. April die Vorschriften des § 136 G.-O. in Kraft. Danach dürfen jugendliche Arbeiter (bis zu 16 Jahren) nicht vor 5 1/2 Uhr morgens und nicht nach 8 1/2 Uhr abends beschäftigt werden. Nach der Ausnahmeverordnung darf die Beschäftigung bei solchen Werken, die auf achtstündige Schicht eingetrickelt sind, schon um 3 Uhr morgens beginnen und braucht nicht vor 11 Uhr abends zu schließen. An Tagen vor Sonn- und Festtagen kann sie schon um 4 Uhr morgens beginnen und (wo in zwei Tagesschichten gearbeitet wird) am nächsten Werktag bis 1 Uhr nachts dauern. Bei sechsstündigen Schichten dürfen die Pausen wegfallen.

Sterblichkeit und Junkerherrschaft.

Die Behauptung der Agrarier, daß ohne ihre Ausbeuterthätigkeit Deutschland reitungslos zu Grunde gehen müsse, weil sie dem Staat die meisten Rekruten stellen, weil vom Lande die Städte den Zustrom frischer Volkskraft erhielten, weil das Land mit all seinen Verhältnissen gesünder sei als die Stadt, trifft nicht zu. Wenigstens trifft es nicht zu auf jene preussischen Landesteile, welche die junkerlichen Großgrundbesitzer mit ihrer Ausbeuterthätigkeit „beglücken“. Die vom königlich preussischen Statistischen Bureau herausgegebene „Statistische Korrespondenz“ stellt für das Jahr 1900 fest, daß die Sterbeziffern in den Eldorados der preussischen Junker höher sind als in den Gegenden der Industrie und zumal in dem von den Junkern verschrieenen Berlin. Von den einzelnen preussischen Regierungsbezirken hatte im Jahre 1900 Kurland mit einer Sterbeziffer von 16,8 auf 1000 Einwohner die geringste Sterblichkeit; dann folgen die Bezirke Danzberg mit 17,7, Schleswig, Lüneburg und Minden mit 18,2, Kassel mit 18,8, Stade und Wiesbaden mit 18,8, Hannover mit 18,7, Erurt und Koblenz mit 19,7, Hildesheim mit 20,0, Berlin mit 20,2, Wachen mit 21,4, Frankfurt und Köln mit 21,6, Potsdam mit 21,8, Posen und Magdeburg mit 21,9, Arnberg und Düsseldorf mit 22,2. Ueber dem Durchschnitt des Staats von 22,3 stehen Vergebung mit 22,9, Münster mit 23,4, Köln mit 23,5, Sigmaringen mit 23,9, Königsberg und Marienwerder mit 24,3, Gumbinnen mit 25,1, Stettin mit 25,2, Stralsund und Bromberg mit 25,3, Pommern und Pommern mit 25,9, Preußen mit 25,9, Breslau mit 27,2 und Danzig mit 27,8.

14 Bezirke haben somit eine höhere Sterblichkeit als der Staat überhaupt und unter diesen Bezirken ragen gerade die junkerlichen Eldorados Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern, Schlesien mit krassem Überschuß hervor. Die zehn Regierungsbezirke mit der größten Sterblichkeit liegen im agrarischen Osten, während die 15 geringsten Bezirke im industriellen Westen Preußens liegen. Und Berlin selbst weist, trotz seiner Riesenvölkerschaft, besseren Gesundheitszustand auf, als die sämtlichen Großgrundbesitzer-Provinzen Preußens.

An sich sagt die Statistik nichts Neues. Bezirke wie Kurland, mit Bauern- und Seemannsvölkerschaft haben den glänzendsten Gesundheitszustand; nach ihnen die westlichen Bezirke von Minden, Danzberg, Hannover mit gemischter Bauern- und Industriebevölkerung. Aber auch Bezirke mit überwiegender Industriebevölkerung haben noch, dank den getroffenen öffentlichen Einrichtungen, guten Gesundheitszustand. Erst da, wo das Junkertum schrankenlos mit der Volkskraft waltet, sinkt der Gesundheitszustand auf das niedrigste Maß herab.

Und diese statistischen Angaben entsprechen auch durchaus dem, was die preussischen Gewerbe-Ausschüsse über die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter im preussischen Eldorado feststellen. Allerdings können sie nur einen Hinweis auf die agrarischen Arbeiterausbeutung liefern. Im preussischen Gewerbe-Inspektionsbericht über 1900 ist es nachzulesen. Da sagt u. a. der Danziger Beamte von den ländlichen Arbeiterwohnungen: „Das Wohnhaus zeichnet sich von den Ställen und Scheunen nur durch größere Sauberkeit aus.“ Die Wanderarbeiter „schlafen auf feuchtem Strosgelände“. In ländlichen Giebelstätten wurde mehrfach festgestellt, daß männliche und weibliche Arbeiter in demselben Raum schliefen. Der Königsberger Beamte: „Die für russische Wanderarbeiter angelegten Unterkunftsräume zeigen „arge Mängel“, „unzulässige Unsauberkeit“ u. dgl. m. Alle diese Zustände sind bekannt. Die längste Arbeitszeit, die schamloseste Ausbeutung der Arbeiterkraft, die niedrigste Entlohnung, die schlechteste Kost, die miserabelsten Wohnungsverhältnisse auf den ostelbischen Junkerhöfen zu finden. Die Sterblichkeitsziffern sind das Spiegelbild dieser Zustände.

So zerfallen die Thatsachen die agrarischen Ärgernisse und zeigen, daß Junkerwirtschaft und Volkswohl in jeder Hinsicht zwei miteinander unverträgliche Dinge sind.

Ein Nothruf gegen — Wohlfahrt. Eine vom christlichen Metallarbeiter-Verband in Altendorf-Essen am Sonnabendabend einberufene Versammlung Kruppischer Arbeiter war, obwohl im nahegelegenen Vorbe eine Volksversammlung tagte, in welcher Genosse Mollenhuth referierte, und obwohl die Firma Krupp in weiser Vorsorge in vielen Betrieben — Heberarbeit angeordnet hatte, wiederum von ca. 2000 Personen besucht. Unter anderem sprach ein 63jähriger, ehemaliger, auch nach langer Dienstzeit auf Krupp gebliebener, christlicher Kruppischer Arbeiter, Mitglied des christlichen Verbandes, in recht wirkungsvoller Weise gegen das sogenannte Wohlthätigkeitssystem: Humanität, Patriarchalismus existiere nicht, das seien bloß Ausschüßelnde für Befriedigung der Dividendenlust: „Je höher Dividenden“, in diesem Streben werde der Arbeiter immer mehr

bedrückt und ausgebeutet. Schließlich wurde unter dem Vorwand des Beschlusses eine von Vorstehenden des christlichen Verbandes eingebrachte Resolution angenommen, durch welche die von der Gesetzgebung Regelung des sogenannten Wohlfahrts-Kassen-Weitens energisch verlangt wird, Regelung in der Weise, damit Arbeiter nicht mehr durch Willkür ihre durch jahrelange Beitragszahlung erworbenen Rechte verlieren können. — In Essen in der Borussia fand dann am Sonntag auch wieder eine Protestversammlung, vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufen, statt. Hier war das über 1000 Personen fassende Lokal wieder vollständig überfüllt und hunderte Protestler gegen Krupp'sche Wohlfahrt mußten umkehren. Auch hier wurde eine Resolution, in welcher die Entlohnung sich zum Eintritt in die Organisation verpflichten und in welcher gesetzliche Regelung des Wohlfahrts-Kassen-Ansatzes verlangt wird, einstimmig angenommen. Endlich ist es Tag geworden — im dunklen Reich des Königs Krupp.

Aus der Frauenbewegung.

Die Damenkonfektionsarbeiterinnen in Lemberg (Galizien) sind in den Streik getreten. Es handelt sich um Lohnforderungen und Herabsetzung der Arbeitszeit.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Des' Verlag) ist soeben das 24. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt hebt man hervor: Frauenrevolution und Kommunismus. — Die ökonomischen Faktoren des Sozialismus. Von Emil Sandervelle. — Der Abschluß der sozialistischen Krise in Frankreich. Von Rosa Luxemburg II. — Die amerikanischen Belege gegen die Trinks. Von R. Beer. — Die Lage der weiblichen Dienstboten in Berlin. Von Helene Simon.

Die Märznummer des „Sächsischen Volksboten“ ist erschienen und zum Preise von 10 Pf. zu beziehen.
Maifest-Postkarten, 100 Stück 3 M. Verlag S. Wöring, Johann-georgenstadt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Druckkiste findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.
Zahn. „Der Arbeiter“, Hamburg, Bremer Reihe 15, parierte.
Aber Streik. Um es härter zu machen. Die Mischung kommt auch billiger zu stehen.
Die Bekämpfung des Hungers. Wir können Ihren Wunsch nicht erfüllen.

M. S. 100. 1. Sie brauchen nicht zu warten. 2. Unverständlich. — P. M. Die Leute mühten am ersten ziehen. Die Polizei hat eventuell auf Ihre Verlangen einzuschreiten.
Einkommen und Vermögen in Preußen und ihre Entwicklung seit Einführung der neuen Steuern mit Rücksicht auf die Theorie der Einkommensteuer. Von Dr. Kurt Rißke in Breslau. Verlag von Gustav Fischer in Jena 1902. — Preis 2,50 M.
R. S. 16. Das wäre zulässig und straflos. — Ungenau. Sie befinden sich im Irrtum. Die erfolgte Aufnahme eines nichtpreussischen Deutschen in den preussischen Staatsverband kann nicht zurückgenommen werden. Selbstverständlich sind Naturalisationen und dergleichen, die durch Betrag erlangen sind, anfechtbar. — P. S. 100. Rein. — R. 1. Das Retentionsrecht des Vermieters besteht nach wie vor. Es erstreckt sich auf alle, einer Forderung unterworfenen, also nur nicht auf die unrentablen Sachen. — P. S. 80. Geringfügige Fehler. — R. 2. 300. Wenn die Forderung erfolgt ist, welche Ihre Tochter (vertreten durch Sie) mit Erfolg intervenieren anstrengen und Einstellungsbedürftigkeit erwirken können. — Regel. Die Wahl eines Richtangesehnen ist unglücklich, wenn die Wahl eines Angesehnen ausgefallen ist. Ob ein Angesehener hätte ausgedient werden dürfen, richtet sich nicht danach, wieviel Richtangesehene gewöhnt werden konnten, sondern wieviel Angesehene gewöhnt werden mußten. Es ist das schon in dem Briefkasten der Sonnabendnummer dargestellt. — S. D. 1000. Bis zu deren Selbständigkeit, eventuell bis zu deren zurückgelegtem 21. Lebensjahre. — P. G. Rückdorf. Der Heiratsvertrag kann seine Aufgabe verweigern, wenn er sich sonst des Ehebruchs schuldig machen würde. — P. 1. 1. Beide gehören der Schreibersklasse an. 2. Ja, 3. Nein. — A. G. Eine bestimmte Zeit steht das Gesetz nicht vor. — C. Z. 100. 1. Ja; Vergütungspflicht besteht nicht. 2. Nein. — Kunenstraße, Rein. — C. Zischer. Sie sind im Irrtum. Nach dem Stempelgesetz Nr. 48 des Stempelgesetzes vom 31. Juli 1895 und nach der ministeriellen Bescheinigung vom 13. Februar 1896 sind alle mietvertragsrechtlichen Verträge in ein Verzeichnis einzutragen. Stempelpflichtig sind alle Verträge von mehr als 100 Mark Jahreszins. Auch dann sind diese Verträge stempelpflichtig, wenn der auf die Geltungsbauer des Vertrages während des betreffenden Kalenderjahres entfallende Grundbetrag 150 Mark oder weniger beträgt, so daß a. B. ein während der Dauer eines halben Monats in Geltung gewesener Mietvertrag, in dem der monatliche Zins auf 20 M. veranschlagt ist, der Eintragung und der Besteuerung mit 50 Pf. Bedarf, während andererseits ein 10 Monate in Geltung gewesener Mietvertrag, in dem der monatliche Mietzins auf 25 M. festgesetzt ist, steuerfrei bleibt. Ist nun ein Vertrag mit dem Jahreszins von 900 Mark mit 1 Mark verzinst gewesen, der Vertrag erreicht aber am 1. Juli sein Ende, so ist nur der Stempel bis zur Beendigung des Vertrages, also nur für 450 Mark, mithin nur 50 Pf. zu entrichten. Der Vermieter, an dem eine Mark gezahlt ist, hat 50 Pf. zu viel erhoben. Er kann deshalb von dem neuen Mieter, dem er die Wohnung bis Ende des Jahres vermietet, nicht mehr verlangen. In jedem Fall kann sich der Mieter das Verzeichnis zeigen lassen. Ist nach demselben keine Wohnung bereits für das ganze Jahr vermietet, so hat er nicht noch zu versichern, es sei denn, daß der Vermieter die zu viel erbotenen 50 Pf. an den ersten Mieter zurückgibt. — G. G. Die Bundesrats-Berordnung vom 23. Januar 1902 über die Beschäftigung in Werk- und Schantwerkstätten trifft auf alle diejenigen Personen zu, die im Betriebe der Werk- und Schantwerkstätten als Obermeister, Meister, Kellermeister, Köche, Kochschüler, am Bäcker oder mit dem Fertigmachen halber beschäftigt sind. Die von Ihnen erwarteten Verluste sind sämtlich am Bäcker (mit Ausnahmen, hinsichtlich mit Reinigungsarbeiten) beschäftigt, sollen daher unter die Verordnung. — P. P. Rein. — R. 7. Sie müssen zahlen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 18. März.
Cyperhand. Hofopern. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Krohn). Geschlossen.
Schiller. Der Probedeputat. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Ecclesia triumphans. Volksaufführung. Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Lucian's Satiren. Anfang 7 1/2 Uhr.
Köpenick. Caprienne. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nischen. Gasparone. Anf. 7 1/2 Uhr.
Wendisch. Ein palanter Richter. Vorher: Die Wiener in Paris. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Champerand's Weiden. Anfang 7 1/2 Uhr.
Seceffionsbühne. Delfos Lichtenkreuz's Dames Brett. Anfang 8 Uhr.
E. v. Wolzogen's Buntes Theater (Hochbreitl). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Strindberg. Gullus. Anf. 8 1/2 Uhr.
Trianon. Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.
Central. Das süße Mädchel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eulen. Die Händler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Das Jungfernstift. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsbühnen. Der Eigentümerbaron. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Anfang 7 1/2 Uhr.
Eryphon. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die Weilschnee. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Ihre Familie. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Hrania. Tausendstr. 48/49. (Am Theaterplatz). Abends 8 Uhr; Frühlingstage an der Riviera. Täglich: Strauwart.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Dienstag abends 8 Uhr:
Der Probedeputat.
Mittwoch abends 8 Uhr:
Der Probedeputat.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Der Probedeputat.

Central-Theater.
Heute abends 7 1/2 Uhr zum 91. Male:
Das süße Mädchel.
Operette in 3 Akten von O. Kleinhardt.
Morgen und folgende Tage: Das süße Mädchel.
Sonntag, 23. März, nachm. 3 Uhr, zum 791. Male: Die Geisha. — Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädchel.

Thalia-Theater.
Dresdenerstraße 72/73.
Täglich: Abends 7 1/2 Uhr:
Seine Kleine.
Große Ausstattungspost mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Paula Berna u. G. Guido Thielcher, Gertha Wolde, Helmerding, Hans Müller, Josef Wammosius, „Hah'n Sie nicht den kleinen Cohn gesehen?“

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.

Castans Panoptikum
Friedrich-Strasse 185.
Zwergin mit ihrem Kinde
eine bisher in der Welt nicht dagewesene Sehenswürdigkeit
Mutter 80 cm, Tocht. 50 cm gross
32 Jahre alt. 9 Jahre alt.

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Der kleine Cohn ist da!
Burleske in einem Akt.
Der Bajazzo und sein Kind.
16 erstklassige Spezialitäten

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr: Zum letztenmal:
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.
Mittwoch, 19. März, abends 8 Uhr: Die Hühnerbesser. Donnerstag, Freitag u. Sonnabend: Gasparone. Sonnabendnachmittags 3 Uhr: Prinz Diamant. Sonntagabend 8 Uhr: Das Räthchen von Weißbörn. Abends 7 1/2 Uhr: Unsere Marine, oder: Er muß auf Land.

Metropol-Theater
Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prächtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Burleske Ausstattungssposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Franchens Geburtstagstisch.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Vom Palmsonntag, den 23. März, bis inkl. Osteronntag, 30. März, finden die letzten 7 Aufführungen der Ausstattungssposse
'ne feine Nummer
im Theater des Westens statt.
Während dieser Zeit im Metropol-Theater
Ensemble-Gastspiel
des Opern-Theater d. Westens
D'Andrade, Rothmühl, Biberti als Gäste.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4 a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Solire:
Tanzkränzchen.
Sonntag, den 23. März:
Der Kesselflicker.
Charakterbild mit Gesang in 1 Akt.
Palmsonntag: „Der Goldbauer“ mit dem Berliner Schauspiel-Verein.

Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville.
Schwank im Gesang u. Tanz in 3 Akten.
Euil Sondermann u. W. Feid. Bernus.
Mizzi Birtner. Rosa Maron.
Hierauf: Cr. Lebensbild in 1 Akt.
Ebele Hartwig u. Leopold Thurmer u. G.
Sonntagnachmittags 3 Uhr: Schuldig.

Palast-Theater
(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.
Das erfolgreichste Spezialitäten-März-Programm!
Heute neue Kunststücke.
Bringes aufziehende Pantomime.
Theodor Lippart, der moderne amüsante Humorist.
Bonetti u. Willy, Roman. am Vora-Appar.
Dag: Um 8 1/2 Uhr:
Die Weilschnee.
Bolschütz mit Gesang in 2 Akten von H. Gerike.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Billet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.

E. von Wolzogen's Buntes Theater (Vorbereitung). Köpnickestr. 68.
Heute abends 8 Uhr u. a.: „Batalionskopf“ (Offiziers-Humoreske). — „Nora-Parodie“. Satirisches Schatzenbänkel. — Bozena Bradsly u. Oskar Strauss, Marcell Salzer etc.

Schall und Rauch
(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Dienstag, 18. März, abds. 8 1/2 Uhr:
Strindberg-Cyclus.
Emanuel Reicher,
Rosa Bertens, Gertrud Eysoldt.

Apollo-Theater.
Die grossartigen 10 Spezialitäten.
Der Kosmograph:
Prinz Heinrich in Amerika.
Fernor:
Don Juan in der Hölle
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.
Bismarckstr. 10.
Schützenlied!
Poste mit Gesang in 4 Akten von Leon Trosion. Ernst v. G. Steffens.
Heute: Tanzkränzchen.
Mittwoch: In der Heimat.
Der Circus bleibt nur noch kurze Zeit!
Cirkus Alb. Schumann
Dienstag, den 18. März 1902, abends präc. 7 1/2 Uhr:
Zum 51. Male: Die große phantastisch-romantische Kadetten-Pantomime von Hof-Balletmeister H. Flems

Mephisto
ca. 500 Mitwirkende, sämtliche neuen Einlagen. Besonders hervorzuheben der feinsten Art: Im Reiche der Liebe. Der Feenfabrikant. Der Witt auf dem Wassermeister u. c. Vorher: Die großartige März-Spezialitäten. U. a.: Die sensationelle Bicycle-Todesfahrt des Amerikaners **Mr. Chester** aus einer Höhe von 36 Meter. Kostüm! **She?** Das lebende Rätsel. Neu! Darstellung der vier Elemente mit wunderb. Licht-Effekten. **L'oeuvre lumineuse.** Hr. Dora Schumann. Der Witt durch Feuer und Flamme. Das neueste hochinteressante amerikanische Sportspiel, ausgeführt von 12 Kriegerinnen und 10 Herren. Heute Beginn der Freiweltkämpfe. Hr. Lloyd. Hr. Powell. Orig. Hin-Bon. must. Clowns. Troupe Eagen, 8 Best. Miss. Dalley. Hr. Hodgini. Mlle. Antoinette u. Direktor Albert Schumanns anerkannt unerreicht dasigende Original-Dressur.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse.
2 Minuten vom Bahnhof Friedrichstr.
Zum 115. Male: **Coralle & Co.**
Anfang 8 Uhr. Parkett 2 M.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Grösst. Vergnügungsort Berlin!
Internationale Konzerte u. Spezialitäten-Vorstellung
Tägl. Anstich des „Urbock“
Boockbier-Jubel u. Trübel.
Ausschank:
Berliner Boockbrauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

Casino-Theater.
Kottbuserstr. 37.
Um 9 Uhr: **Ihre Familie**
von Engel und Erlinde.
Mit bedeutenden Gästen.
Vorher das großartige Spezialitäten-Programm.
Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang Wochent. 8 Uhr
Sonntag 7 Uhr.

Patentanwaltdammann,
Horitzplatz 57.
Kunstst. bis abends neun. [35056]

Album- u. Lederwarenfabrik Oskar Gundau
Oranien-Strasse No. 30
Ede Adalbert-Strasse.

Charlottenburg.
F. Kunstmann, Wallstr. 1.
Uhren und Goldwaren!
Grossartige Auswahl!
Billigste Preise! Reelle Garantie!

A. Krüger, Möbelfabrik,
Berlin O. 27, Langestr. 109.
Hallerstraße: Holzmarktstr. Ecke Marcus- und Michaelkirchstr., der Pferdebahnhöfen: Schlesischer Bahnhof—Moabit (Waldstr.), Silesischer Bahnhof—Charlottenburg (Amtsgericht). — Omnibushaltnissen: Frankfurter Allee—Gr. Görtschenstr. und Nixdorf—Alexander-Platz.
Neu-Eröffnung.
Anerkannt solide Arbeit. Preis ausserst billig.
Wohnungs-Einrichtungen von Mk. 250—10.000.
Um gefl. Besichtigung meines Lagers bitte ich ohne jeglichen Kaufzwang.
Berlin O. 27. — Langestr. 109.
Lieferung in Berlin und Vororte Franco Kaut.

Mittwoch, 19. März, präc. 8 1/2 Uhr, im Schweizergarten, vor dem Königsthor:
Grosse öffentliche Versammlung

der in mechanischen Filz- und Lederschuhwaren-Fabriken beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Die gegenwärtige Lebenslage der Schuhindustrie-Arbeiter Deutschlands und die Aufgaben der Organisation. Referent Reichstags-Abgeordneter **Doß-Gottha.** 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zur Feier des 1. Mal. 4. Berichtlesen. 169/7
Jahresfest-Erscheinen erwartet
Der Einberufer.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlsruhe.
Wochentags 7 Uhr. Sonntag 5 Uhr.
Direktion: Spezialitäten. **J. M. Hätt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**

Louis Kellers Festsäle
Koppenstr. 29.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger
(Fahrman, Horst, Walde).
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
34948* Nach jeder Solire:
Familien-Kränzchen.
— Bond haben Gütigkeit. —
Jeden Mittwoch: Berliner Prater, Kasanien-Allee.

Cirkus Busch
Dienstag, 18. März, abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung: **Klondike.**
Orig. Pantomime des Cirkus Busch.
Die Prinz Heinrich-Fahrt nach Amerika.

1 1/2 Millionen Mth.
sind mit einem Los zu gewinnen.
Jedes Los mindestens ein Gewinn.
Der feinste Treffer beträgt weite wie der Einsatz, daher bei Auslosung kein Risiko.
Keine Massenlotterie, keine Serien- oder Patentlose, Geleil-erlaubt! Kein Schwindel!
Jeder überzeuge sich erst und verleihe Probest. 50 Pf.
P. Seidenfaden,
Mühlhausen 181 (Tübingen).

Gänsefedern 60 Pf.
gr. Glanz (größere zum Netzen).
Schlachtenfedern, wie sie u. d. Gans fallen, mit allen Taunen M. 1,50, süßlicher Schwanz M. 2,00, bessere Gänsefedern M. 2,50, 3,00, beste Schweizer M. 3,50, russische Taunen M. 3,50, weisse böhm. Taunen M. 5,00, erlesene Federn M. 1,50, 2,00, 2,50, Prima gefüllte M. 3,00, 3,50, Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Berlin S., Wartenburg-Str. 46a.
Ede Bettfedern-Fabrik u. viele Details. Diese Anzeigenschriften.

Café Schurig
Kaffee 10 Pf. Dresdenerstr. 128, 29.

Honig! Unverfälscht, deutschen Bienenhonig, schöne heile Tafelware, vers. die 10 Pfundboide zu 5,50 M., 5 Pf. 4 M. franko. Garant. Reelle Bedienung zugesichert. 35692*
E. Reil, Nordth., Bahnh., Augusten Ufer.

Zahn-Klinik, beliebige Teilzahlung. Invalidenstrasse 145
Olga Jacobson,

Achtung! IV. Wahlkreis Osten. Achtung!
Dienstag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Böhmischen Brauhaus“,
Landberger-Allee 11/13:
Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. „Der 18. März und seine Bedeutung für das Proletariat.“ Referent: Stadtverordneter
Genosse **Hugo Holmann.** 2. Diskussion. 214/5*
Um zahlreichen Besuch erluchen

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und Krankspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes und unfrei guten Vaters
Heinrich Detweiler

sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Herrn Chef G. Brandt, t. F. Silber u. Brandt, den Kollegen und Kolleginnen, den Präsidiums-Mitgliedern, dem Personal der Heilanstalt, dem Personal der Heilanstalt, dem Personal der Heilanstalt (G. B., Bezirk Berlin 4) für das ehrenvolle Beisetzen, sowie dem Herrmannschen Beisetzer für die ererbenden Wünsche am Grabee unfrei innigsten Dank.
1284b
Pauline Detweiler geb. Naundorf
nebst Kindern.

Danksagung.
Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, unfrei Bruders u. Schwagers
Gustav Heubaum

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie der Firma Kopp u. Co. und auch der freien Vereinigung der Köpfler, Papp-Druckerei und verwandten Berufsgenossen Berlin und Umgegend unfrei innigsten Dank.
1283b
Frau Heubaum geb. Ahlgrim
nebst Kindern.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Albert Henning sage ich allen Verwandten und Genossen meinen herzlichsten Dank.
1282b
Die trauernde Witwe **Anna Henning**
nebst Sohn.

Danksagung.
Für die zahlreiche Beweise liebevoller Teilnahme sowie für die vielen kostbaren Krankspenden bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Mannes, des Schlichtermeisters
Horitz Wisotzky, sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie dem Sängerkor unfrei innigsten Dank.
Agnes Wisotzky nebst Kindern.

Orts-Krankenkasse
für das Tapezierer-Gewerbe
zu Berlin.
Donnerstag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhaken“, Kommandantenstr. 20:
Außerordentliche General-Versammlung
Tages-Ordnung:
Wahl des Rentenden.
1273b
Karl Nickisch, I. Vorsitzender,
Berlin N., Weinbergsweg 11.

Dr. med. Schaper
Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königsgrünerstr. 27, Spr. 9-1, 4-7.

Dr. Schünemann,
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Sprechstunden: 1/2-1/3, 1/3-1/2.

Dr. Simmel, Prizenstr. 59.
Spezialarzt für 11/13*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbänden, Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankspflege.
Eigene Werkstatt.
Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenkassen
Berlin C., [3173b*]

30. Finien-Str. 30.
Großer Möbelverkauf.
In meinem großen Möbelspeicher und Lagerräumen
Neue Königstr. 59
(nahe Alexanderplatz) stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, neue und vieljährige gewasene, zum schrittweisen sehr billigen Ausverkauf. Besonders Gelegenheit für Brautleute wohl noch nie dagewesen. Brautleute erhalten ein Hochzeitsgeschick gratis. Durch große Gelegenheits-Einkäufe, Ersparnisse des Ladensalters, ferner durch Selbstherstellung sämtlicher Polstermöbel und Dekorationen als Innungsmeister bin ich im Stande, ganze Einrichtungen schon von 100, 200, 300 Mark zu liefern. Hochelegante Ausstattungen von 1000 bis zu 2000 Mark. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verschieden gewasener und jurischgelegter Möbel, die fast noch ganz neu und im Preise ganz bedeutend herabgesetzt sind. Musterbuch gratis und franco. Kein Kaufzwang. Gestante Möbel werden 3 Monate kostenlos aufbewahrt, durch eigene Werkstätte geliefert und aufgestellt. Bitte genau auf Hausnummer 59 zu achten.

Möbel
auf Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung liefert die Möbelwerk
A. Krause, Schönebergstr. 2.

Socialdemokratischer Wahlverein
für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).
Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr,
in der **Urania, Wrangelstraße Nr. 10:**
Versammlung.
Tages-Ordnung: 242/14
1. Vortrag des Genossen **Kotzke** über: „Des Märzes Ideen.“
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Gäste haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Achtung, 5. Wahlkreis.
Dienstag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, im Schweizer Garten (am Königsdior):

Volks-Versammlung.
Tages-Ordnung: 245/6
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Rosenow.** 2. Diskussion.
3. Öffentliche Parteianglegenheiten.
Die Vertrauensleute.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!
Am Dienstag, den 18. März 1902, abends 8 Uhr,
finden

4 grosse öffentliche Volks-Versammlungen
in folgenden Lokalen statt:
Moabit: Ehrenp. Brauerei, Turmstr. 25/26. — Referent: Stadtverordneter **Herbinand Gwald.**
Wedding u. Oranienburger Vorstadt: bei Naabe, Kolbergerstr. 23. — Referent: Redakteur **G. Ströbel.**
Gesundbrunnen u. Rosenthaler Vorstadt: bei Zimmermann, Badstraße 58. — Referent: **Adg. W. Pflanz.**
Schönhauser Vorstadt: bei Wernau, Schwedterstraße 23. — Referent: Rechtsanwalt **J. Herzfeld.**

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
Der 18. März u. das Proletariat.
Zahlreichen Besuch erwarten
219/9 **Die Vertrauensleute.**

Socialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Am Donnerstag, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr,
im „Eiskeller“, Chausseest. 88:

Ausserordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 247/1
1. Bericht über die Einigungsverhandlungen mit den Genossen der Schönhauser Vorstadt. 2. Beratung und Beschlussfassung über diesbezügliche Anträge.
Mitgliedbuch legitimiert. Recht zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.
Den Genossen der Schönhauser Vorstadt machen wir bekannt, dass sich dort folgende Zahlstellen befinden: **Augustin,** Schönhauser Allee 74; **Otto,** Treddowstraße 22; **Behrens,** Behrlinerstraße 85, Ecke Chorinerstraße.

Achtung! Achtung!
Sechster Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt).

Am Dienstag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7/9:

Volks-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Der 18. März und seine Bedeutung.“ Referent
Reichstags-Abgeordneter **Emmanuel Warm.** 2. Diskussion. [1245
Für Einleitung der Versammlung Gesangs-Vorträge. — Um
zahlreichen Besuch erlucht
Der Vertrauensmann: Karl Wünsch.

Achtung! Achtung!
Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen!

Morgen, Mittwoch, den 19. März, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhaken“, Kommandantenstr. 20 (gr. Saal):

Gr. öffentliche Versammlung
aller in
Buchbindereien und Buchdruckereien beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tages-Ordnung:
1. Die Tarifdurchbrechungen in verschiedenen Buchbindereien und die getroffenen Sonderabmachungen. Referent: Kollege **Alb. Bergmann.**
2. Werkstundenangelegenheiten und Beschlüsse.
Wir erwarten das regelmäßige Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen. 23/13
Die Vertrauenspersonen.

Rixdorf.
Am Dienstag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn **Thomas, Hermannstr. 48-50:**

Volks-Versammlung
Tages-Ordnung:
Die Bedeutung des 18. März.
202/9 **Der Einberufer.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin. 137/12
Mittwoch, 19. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 8), Engelauer 15:
Branchen-Versammlung der Perlmutter-Arbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Sassenbach.** 2. Beschluss über unfrei
Arbeitsnachweise. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Alle in der Perlmutter-, Horn- und Steinw.-Knopfindustrie beschäf-
tigten Kollegen sind hiedurch ersucht einzutreten.
Um zahlreichen und pünktliches Erscheinen erlucht **Die Kommission.**

Modell- und Fabrikstichler sowie Modellstecher.
Mittwoch, 19. März, im Wedding-Park, Müllerstr. 178:
Branchenversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Stand der Auslieferung und weitere Stellungnahme dazu.
2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Beschlüsse.
Die Kollegen von der **Maschinenfabrik Cyllop** werden auf-
gefordert, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Obmann.

Achtung! Parkettbodenleger. Achtung!
Mittwoch, 19. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelauer 15:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Wahl zweier Kommissionsmitglieder und eines Beitragsamtmanns.
2. Gewerkschaftliches und Beschlüsse.
Verhandlungsvorgänge.
Die Kollegen von der Firma **Leibe u. Co.** werden besonders ein-
geladen.
Der Obmann.

Kamm- u. Celluloidhaarschmuck-Arbeiter.
Dienstag, den 18. März 1902, im Gewerkschaftshaus
(Saal 7), Engelauer 15:
Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Streit bei **Strech.** 2. Diskussion. 3. Beschlüsse.

Musikinstrumenten-Arbeiter.
Mittwoch, 19. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 5), Engelauer 15:
Branchenversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Die Versammlung findet der Feierabend wegen nicht den letzten
Mittwoch im Monat statt.

RIXDORF.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am Mittwoch, den 19. März, abends 8 Uhr, bei **Klenke,**
Bergrstraße Nr. 136-137:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Ahrens.** 2. Verhandlungsangelegenheiten.
Mitgliedsbücher sind zwecks Kontrolle mitzubringen. 81/2
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Radfahrer! Achtung!
Am Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr, bei **Schultheiß,**
Alexanderv. 23:
Monats-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht. 2. Anstellung unfrei Radmaschinen. 3. Ver-
schiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.
Die Preise unfrei Radräder, die wir nur in allerbesten
Qualität mit Hochlager und Patent-Doppelstocklager führen, sind 125
und 145 M. W. K. -Radfahren werden auf Bestellung in unfrei eignen
Werkstätte gebaut. Reparaturen billig, auch an Nichtmitgliedern. Ge-
brauchte Radräder reichhaltig am Lager.
Berliner Einheits-Genossenschaft, Westendstr. 19.

Verein der Kleber Berlins und Umgegend.
Mittwoch, den 19. März, abends 8 Uhr:
Außerord. General-Versammlung
im Lokale des Herrn **Jannasch,** Inselstraße 10.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Kleinlein** über: Die Entwicklung und die
Ziele der deutschen Gewerkschaftsbewegung. 2. Diskussion. 3. Geschäftliche
Angelegenheiten. 101/11
Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden
Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engelauer 15, Zimmer 1-5, Fernsprecher: Amt VII, 353.
Dienstag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der in den Betrieben der Firmen: **Böhme & Comp.,**
M. Hirsch & Cie, Kleinmann, Holthelm, Vöckling
& **Kerkenbusch** und **Kallmann** beschäftigten Ar-
beiterinnen und Arbeiter
im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 7.

Tages-Ordnung:
Die Mitzstände in unserer Branche.
Zahlreicher Besuch ist notwendig.
Dienstag, 18. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelauer 15, Saal 5:
Große Versammlung
sämtlicher Heizungs-Rohrleger und Gehilfen.

Tages-Ordnung:
1. Wie stellen sich die Heizungs-Rohrleger zu dem von den Heizungs-
Industriellen ausgehenden Accord-Tarif? 2. Verhandlungsangelegenheiten.
Es wird jedem Kollegen zur Pflicht gemacht, in dieser Versammlung
der Wichtigkeit der Tagesordnung halber zu erscheinen.
Mittwoch, 19. März, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelauer 15, Saal 1:
Konferenz der Vertrauensleute für den Süden.
Zahlreichen Besuch erwartet 112/18
Die Ortsverwaltung.

S. Nachtrag
zum Statut
der Orts-Krankenkasse
für den
Gemeindebezirk Pichtenberg.
Die vierte Auflage des Statuts,
in welcher die Änderungen der Nach-
träge 1 bis 7 im inneren Text be-
rechtigt sind, wird zufolge der
nachstehenden Verfügungen des Herrn
Regierungs-Präsidenten zu Potsdam
wie folgt geändert:

I. Änderung des § 12.
Der Regierungs-Präsident.
A. 370/12.
Potsdam, den 6. Dezember 1901.
Gemäß Nr. 7 der Anweisung zur
Ausführung des Krankenversicherung-
Gesetzes vom 10. Juli 1902 wird der
durchschnittliche Tagelohn für die
Mitglieder der Orts-Krankenkasse neu
festgelegt, und zwar:

- a. für männliche Mitglieder
über 16 Jahre auf . . . 3,00 Mk.
 - b. für weibliche Mitglieder
über 16 Jahre auf . . . 1,50 „
 - c. für männliche Mitglieder
unter 16 Jahren und für
Lehrlinge auf . . . 1,25 „
 - d. für weibliche Mitglieder
unter 16 Jahren auf . . . 1,00 „
- Diese Sätze treten mit dem
1. Januar 1902 in Kraft.
Zu Berechtigung: gen. v. **Tschopp.**
Da die Kasse ungeachtet der recht-
kräftig gewordenen Aufforderung vom
30. Januar 1902 — A. 1374/1 — es
abgelehnt hat, die durch meine unter
dem 6. Dezember 1901 A. 370/12
getroffene Festlegung der durchschnitt-
lichen Tagelohnsätze erforderliche
Änderung der §§ 20, 30 und 31 des
Statuts zu beschließen, werden ge-
mäß § 33 Abs. 3 des Kranken-
versicherungsgesetzes in Verbindung
mit Ziffer 33 der Ausführungs-
anweisung die §§ 20, 30 und 31
des vorstehenden Hauptsatzes vom
28. November 1892 aufgehoben.
22. Februar 1902
An ihre Stelle treten nachfolgende
Bestimmungen:
§ 20.
Für den Todesfall eines Mitgliedes
gewährt die Kasse ein Sterbegeld nach
dem im § 12 angegebenen Maßstabe:
a) nach letzter ununterbrochener,
mindestens einjähriger ständiger
Mitgliedschaft im dreifachen,
b) nach einer kürzeren Mitgliedschaft
im zweifachen Betrage dieses Tage-
lohnes, also für Mitglieder:
der I. Klasse von 90. — M. bzw. 60 M.
„ II. „ 45. „ „ 30 „
„ III. „ 37.50 „ „ 25 „
„ IV. „ 30. „ „ 20 „
Beschreibt ein als Mitglied der Kasse
Erkrankter nach Beendigung der
Krankenunterstützung, so ist das Sterbe-
geld zu gewähren, wenn die Erwerbs-
unfähigkeit bis zum Tode fortgedauert
hat und der Tod infolge desselben
Krankheits vor Ablauf eines Jahres
nach Beendigung der Krankenunter-
stützung eingetreten ist.
§ 30.
Diesjenigen, welche Mitglieder der
Kasse werden, haben ein Eintrittsgeld
im Betrage des für vier Wochen zu
leistenden vollen Kasseeintrages zu
zahlen, also:
Klasse I 2,16 M.
„ II 1,08 „
„ III 0,96 „
„ IV 0,72 „
Befreit vom Eintrittsgeld sind:
1. diejenigen, welche nachweisen, daß
sie innerhalb der letzten 13 Wochen
vor ihrem Eintritt in die Kasse
einer anderen Krankenkasse angehört
oder Beiträge zur Gemeinde-
Krankenversicherung geleistet haben,
2. diejenigen, welche durch Gefährdung
ihrer Dienstpflicht im Heere oder
in der Marine gemäß § 8, Ziffer 3
aus der Kasse ausgeschlossen sind und
nach Erlösung der Dienstpflicht
durch Rückkehr in die Beschäftigung
die Mitgliedschaft auf Grund des § 2
wiedererlangen.
§ 31.
Die wöchentlichen Kasseeinträge
betragen fortan:
1. für erwachsene männliche Kasseein-
mitglieder über 16 Jahre,
ausschließlich der Lehrlinge 64 Pf.
2. für erwachsene weibliche
Kasseeinmitglieder über
16 Jahre 27 „
3. für männliche Kasseein-Mit-
glieder unter 16 Jahren
und für Lehrlinge 24 „
4. für weibliche Kasseein-Mit-
glieder unter 16 Jahren 18 „
Die Beiträge sind für jede Woche,
innerhalb welcher der Beschäftigte der
Kasse angehört, ihrem vollen Betrage
nach zu entrichten. Dabei gilt als
Wochen der Zeitraum vom Montag
bis Sonntag einschließlich.
Diese Bestimmungen treten mit
dem Tage der Verkündung an den
Kasseeintrags in Kraft.
Potsdam, den 6. März 1902.
Der Regierungs-Präsident.
(L. S.) Zu Berechtigung:
A. 31/3. von **Tschopp.**
Die vorstehenden Änderungen der
§§ 12, 20, 30 und 31 des Statuts
treten gemäß der Bekanntmachung
des Reichslandes vom 2. Januar d. J.
in den Nummern 3 der „Volks-
zeitung“ für die Kreise Rixdorf und
„Ober-Barnim“ zu Pichtenberg und
des „Vorwärts“ zu Berlin vom 4. Jan-
uar d. J. an Stelle der vorgenannten
Bekanntmachung nunmehr in Kraft.
Pichtenberg, den 10. März 1902.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse.
G. Sedgyn, Vorsitzender.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis (Südost). Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, findet in der „Urania“, Brangelstr. 10, die Mitglieder-Versammlung des Wahlkreises statt, in welcher Genosse Koye über: „Die Den des März“ sprechen wird. Gäste haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Achtung, 5. Wahlkreis! Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, im Schwelzergarten (am Königsplatz): Volksversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow. 2. Diskussion. 3. Öffentliche Parteiangelegenheiten. Die Tagesordnung erfordert einen zahlreichen Besuch der Parteigenossen.

Charlottenburg. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Gambinusbrauerei, Wallstr. 94, eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: Welche Bedeutung hat der 18. März für die Arbeiter?

Schöneberg. Heute, Dienstagabend, findet im Obstischen Lokale, Weiningerstr. 8, eine Versammlung des Wahlkreises statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Zubeil: „Was lehrt uns der 18. März“?

Wilmersdorf. Bei den gestrigen Gewerbergerichts-wahlen wurden unsere Genossen einstimmig gewählt, da eine gegnerische Liste nicht aufgestellt war.

Tokales.

Märzfeier.

„Sie ist nicht tot“. Wo es ein Klassenbewußtes Proletariat giebt, wird der Erinnerung an die Revolution des 18. März 1848 Ausdruck verliehen und zahlreiche Veranstaltungen geben Kunde von der Innigkeit, mit der die Arbeiterschaft des größten Ruhmes-tages gedenkt, den das Volk der Geschichte dem deutschen Volk im verflochtenen Jahrhundert befehrt hat. Vierundfünfzig Jahre sind seit dem Berliner Barrikadenkampf vergangen, der das Zeitalter des absoluten Gottesgnadentums für immer abschloß und dem Volke zwar nicht die Freiheit brachte, wohl aber ihm die Morgenröte jenes Tages zeigte, an welchem es völlig auf sich selbst gestellt ist und das Wort des patriotischen Philosophen von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlig trägt, zur Wahrheit werden muß.

In zahlreichen Versammlungen wird die Arbeiterschaft Berlins heute die Lehren, die ihr der 18. März gab, in sich aufnehmen. Wenn sie zurückblickt auf die Zeit, die seit jenem Sieges-tage des Volkes verfloßen, so kann sie, ohne gegen die Ueberzeugung zu verstoßen, daß noch viel zu thun übrig bleibt, ob der Früchte ihres Wirkens befriedigt sein. Seit jenen 54 Jahren hat die Arbeiterschaft sich dank ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation im öffentlichen Leben eine Stellung erkungen, mit der auch der verbohrteste Gegner rechnen muß; und mit dem zum sicheren Erfolg führenden Streben, sich politisch und materiell zu befreien, geht Hand in Hand das heiße Wüßen, auch geistig sich der Aufgaben, die ihrer harren, würdig zu zeigen.

Daß das Verlangen, sich auch die geistigen Güter der Nation mehr und mehr zu eigen zu machen, besonders in Berlin unter der Arbeiterschaft lebhaft vorhanden ist, zeigten die beiden Ver-anstaltungen, mit denen die bedeutendsten Organisationen für die künstlerischen und wissenschaftlichen Bedürfnisse des Proletariats in den letzten Tagen das Andenken an den 18. März gefeiert haben.

Die Arbeiterbildungsschule hielt Sonntagabend im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine Feier ab, die den Zweck hatte, die soziale Dichtung den Anwesenden zu veranschaulichen. In einem von Begeisterung eingegebenen Festvortrag wies der thätige Förderer der Schule, Herr Dr. Rudolf Steiner, nach, wie mit dem Emporbühen des Industrialismus die sociale Frage in allen Kulturländern Gegenstand der Dichtung geworden ist. Die herborragensten Schriftsteller, welche sich mit der Schilderung des socialen Elends befaßen, wurden treffend skizziert, und nach einer Betrachtung über die neuere deutsche Dichtung und die in ihr eingetretene Reaktion gab Herr Steiner der Fassung Ausdruck, daß aus dem Proletariat selber die Dichter entstehen würden, die zu singen und zu sagen wüßten nicht allein von den Leiden des arbeitenden Volkes, sondern auch von seinen Hoffnungen, seinem Lieben, seinen Freuden. Recitationen und Gesangsvorträge aus den Dichtungen von Wendell, Preezang, Heine, Villencron und andre beschloßen den Abend in würdiger Weise.

Das Märzfest der Freien Volksbühne am Sonntagabend hatte den großen Saal der Brauerei Friedrichshain bis auf den letzten Platz gefüllt. Hier waren es hervorragende Namen aus der hiesigen Kunstwelt, die das ausgewählte Programm schmückten; Gustav Wafschow und Laura Detsch vom Theater des Westens und Herr Eduard v. Winterstein vom Vesting-Theater hatten es übernommen, einem zum größten Teil aus Arbeitern und Arbeiterinnen bestehenden Publikum die deutsche Dichtung, soweit sie sich mit dem Freiheitsdrang und den Leiden des Volkes befaßt, in Wort und Lied vorzuführen. Wo solche Geister schafften, konnte auf keinen Fall die Wirkung ausbleiben, und der begeisterte Beifall einer vieltausend-löppigen Menge bewies immer von neuem den Künstlern, daß das Interesse des Volks für seine Dichter nicht erst geweckt zu werden braucht, sondern daß der Sinn für das Schöne auch im Arbeiter-lein und sich zur edlen Blüte zu entfalten im Begriff ist.

Dichterabende, wie die der Arbeiter-Bildungsschule und der Freien Volksbühne waren vor einem halben Jahrhundert, ja selbst vor zwanzig Jahren noch nicht möglich. Heute aber sehen wir, wie ein großer Teil der Arbeiterschaft mit Jubel und heißem Wüßen auch die geistigen Schätze der Nation sich zu eigen zu machen sucht. Und das giebt uns Gewähr dafür, daß an dem Tage, wo der Sozialismus als der Erde der bürgerlichen Revolution sein Siegesbanner auf-gepflanzt hat, auch Kunst und Dichtung von allen Gliedern des Volkes wieder mit Ehrfurcht betrachtet werden.

Die Beerdigung des Genossen Witkowski fand gestern unter zahlreicher Beteiligung der Parteigenossen statt. In der Leichenhalle des Friedrichsfelder Gemeinde-Friedhofes hielt Genosse Meyner nach einem stimmungsvollen Gesangsvortrag die Gedächtnisrede, in der er die Verdienste des Verstorbenen in der Partei würdigte und darauf hinwies, daß der früh-zeitige Tod unseres Genossen der mit allen Mitteln be-triebeneren Verfolgungswut der socialistischen Bestrebungen unter der Fuchel des Socialistengesetzes geschuldet sei, um zum Schluß darauf hinzuweisen, das Andenken des Verstorbenen durch Betätigung in seinem Sinne zu ehren. Am Grabe wurden sodann das Lied: „Ein Sohn des Volkes“ gesungen und zahlreiche Kranzspenden, u. a. von den Genossen des vierten Reichstagswahlkreises, dem Parteivorstand, dem Segersonal des „Vorwärts“, der Redaktion und Expedition, den polnischen Socialisten usw. niedergelegt.

Zum Milchkrieg. Die Vereinigung der Milchhändler-Vereine erucht uns, folgende Zuschrift abzugeben: Herr Kommerzienrat Volke, der die wirtschaftliche Isolierung seines Ge-

schäfts, die Folge seines Bündnisses mit dem agrarischen Monopol-unternehmen des Herrn Ring-Düffel, täglich mehr zu fühlen be-tonnt, weist in einem Briefe an Kunden, die ihn verlassen, auf die „starke finanzielle Unterstützung“ hin, die er im Laufe des Milchkrieges dem Milchhandel gewährt habe. Demgegen-über stellen wir fest, daß diese finanzielle Unterstützung in einem Betrag von 1000 Mark (in Worten: Ein-tausend Mark) zu den Inferentionskosten bestanden hat. Wir hoffen noch jetzt, daß die Zahlung dieser Summe, die nur im eigenen Interesse des Gebers erfolgte, für Herrn Kommerzienrat Volke nicht allzu drückend sein wird. Wir dürfen hier mit einem gewissen Stolz darauf hinweisen, daß wir Milchhändler, sämtlich Gewerbetreibende mit beschränktem Mitteln, den wirtschaftlichen Kampf gegen das agrarische Monopol, in dem wir mit dem eigenen Gelde der Steuerzahler, die 700 000 M. aus der Preußenkasse, be-kämpft werden, bislang ohne finanzielle Unterstützung von irgend welcher politischen Partei geführt haben, lediglich getragen von der gewichtigen moralischen Hilfe der freiheitlich gesinnten und wirtschaftlich einsichtigeren Bevölkerung und Presse. Dabei hat uns zu Beginn des Kampfes der feste Anschlag an eine große politische Partei gefehlt. Damals standen so manche von uns noch der konservativen Partei näher und glaubten noch als Söhne von Bauern dem schönen Worte von dem Schutze des Mittelstandes durch die Konservativen. Inzwischen haben auch diese Gewerbsgenossen, die einst vom Land in die Stadt zogen, weil es für den Bauernsohn draußen keine freie Scholle gab, am eigenen Leibe erfahren, was es mit der Liebe der Konservativen für den Mittelstand für eine Gewandtheit hat, und daß uns nur die freiheitlich gesinnte Bevölke-rung davor schützt, zum Vorteil der Agrarier und ihrer Preis-monopole mit Hilfe des eigenen Geldes der Steuerzahler vernichtet zu werden. Wir werden in dem Kampfe gegen das agrarische Monopol und den Milchring, gegen Ring und Volke fest stehen und zählen auf die Hilfe der städtischen Bevölkerung, die von den ufer-losen Plänen zur agrarischen Monopolisierung aller Lebensmittel (Milchring, Fleischring, Futtermittel) bedroht wird.

Die Verwaltung der Hochbahn scheint es, was Verödigung des Publikums betrifft, mit der „Großen“ erfolgreich aufnehmen zu wollen. Das „Berl. Tageblatt“ schreibt: Vor der Vermählung der Hochbahn war man sich nicht, der Sonntags pünktlich sein Ziel erreichen will. Der gestrige Sonntagsbetrieb wenigstens zeichnete sich durch eine derartige Unzuverlässigkeit aus, wie sie auch bei einem so jungen Unternehmen nicht vorkommen darf. Diezüge verkehrten in unregelmäßigen Abständen, bald hinter einander, bald wieder mit Abständen von Viertelstunden. Allerdings war der Andrang des Publikums ein außerordentlicher. Die Bahnverwaltung half sich aber in einfacher Weise dadurch, daß sie die Wagen bis zur Grenze der Mög-lichkeit überfüllte. 80 Personen und mehr konnte man in den Wagen zählen, welche kaum halb so viel Sitzplätze enthalten. Durch die be-trannte schnelle Verordnungen, daß die Rüge rüchrichtlos nur 1/4 Minute an den Haltestellen halten dürfen, ängstlich gemacht, drängte das Publikum schon lange vor den Stationen nach beiden Ausgangsöffnungen, so daß eine Hochbahnfahrt nichts weniger als ein Vergnügen wurde. Uebrigens wird die Luft in den schlecht venti-lierten Wagen bei derartigen Andrang so verschlechtert, daß eine ausreichende Lüftung bei dem kurzen Aufenthalt auf den Endstationen nicht möglich ist.

Die Arbeitsverhältnisse in der englischen Gasanstalt. Von gewerkschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Weit über den lokalen Rahmen hinaus erregen die Vorgänge in unserer Nachbarstadt Schöneberg das Interesse weiterer Schichten der Bevölkerung. Bekanntlich hatte der dortige Magistrat durch eine besondere Vorlage die Errichtung eines eigenen Gaswerkes verlangt und die Stadtverordneten haben diesem Wunsch durch eine zustimmende Beschlußfassung Rechnung getragen. Jetzt stellt sich nun heraus, daß die Vorlage ein „Bauernjäger - Kunststückchen“ war; die monopolisierte „englische Gasanstalt - Gesellschaft“ wurde ängstlich gemacht, damit sie größere Zustände bei einer eventuellen weiteren Vertragsfrist zugestehen sollte. Die sonst so schlaue Direktion ist auch wirklich auf diesen Leim gegangen und hat ganz bedeutend höhere Summen gegen früher gelautet. Nunmehr verzichtet der Magistrat auf die „eigene“ Gasanstalt, angeblich weil dieselbe mit Unterbilanz anfängend, auch später nicht hohe Ueberschüsse abwerfen würde. Trotzdem wir anderer Ansicht sind, wollen wir uns heute nicht weiter mit dieser Angelegenheit befaßen. Wir möchten nur die Gelegenheit benutzen, um den Schöneberger Magistrat, der auf Jahre hinaus wieder mit dieser englischen Gesellschaft in Geschäftsverbindung tritt, auf die Zustände in Bezug der persönlichen Behandlung der dort be-schäftigten Arbeiter hinzuweisen. Wir sind überzeugt, die städtischen Kollegien haben nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß Leben und Gesundheit und die persönliche Freiheit ihrer Mitbürger in einem Betriebe, der vorzugs-weise für die Stadt liefert, nicht derart mißachtet wird, wie es hier schon seit Jahren der Fall ist. Allerdings konnte es vor Jahren jene kapitalistische Gesellschaft noch wagen, den Arbeitern mit der Hunger-peitsche zu drohen, als die Gemeinde regiert wurde von Leuten, die ihre Arbeiter als minderwertige Geschöpfe betrachteten. Aber heute, wo sich das Gemeinwesen auf einer ganz andren Grundlage aufgebaut hat, bedarf es wohl bloß eines Aufstoßes, um die städtischen Behörden zu veranlassen, daß in jenem Betriebe der socialpolitischen Seite in etwas Rechnung getragen wird, daß man nicht so gegen die guten Sitten und die gesetzlich ge-währleistete Koalitionsfreiheit verstoßen darf, wie dies hier offenkundig geschieht. Uebersaus lange Arbeits-zeit, schlechte Entlohnung und Behandlung, das ist das Merkmal dieses hohe Gewinne abwerfenden Betriebes. Und wehe demjenigen, der es wagt, von dem Rechte des § 152 der Gewerbe-Ordnung Gebrauch zu machen, sich zu organisieren! Mit Schimpf und Schande wird er vom Hofe gejagt. Die Angst vor dieser harten Maßregel hindert die dort Beschäftigten, sich ihren Verstoßkollegen anzuschließen. Dem reaktionären Bestreben der Direktion muß begegnet werden, und das kann bei dem erneuten Vertragsabschluß der Magistrat und vor allen Dingen das Stadtverordneten-Kollegium thun. Es liegt im Interesse der Stadt selbst, wenn man die Verkürzung jener ge-sundheitgefährlichen Arbeitszeit so rasch wie möglich verlangt, wenn man dafür sorgt, daß die Gasarbeiter eine menschenwürdige Existenz haben. Und auch das Recht der Organisation muß gewährleistet werden. Der Magistrat von Berlin hat dies schon längst erkannt und eine große Zahl bedeutender Städte legen der be-treffenden Arbeiterorganisation sowie Gewerkschaften, daß sie mit dieser zwecks gemeinsamer Beurteilung von Arbeitsangelegenheiten in Verbindung treten. Die in jener englischen Anstalt beschäftigten Arbeiter erwarten von dem gesunden Sinn der Schöneberger städtischen Kollegien, daß sie auch hier beistehen, die Interessen einer nicht kleinen Anzahl von Bürgern zu schützen, umso mehr, da sich die Forderung dieses Schutzes auf rein gesetzlicher und moralischer Basis bewegt.

Um den städtischen Haushalts-Etat noch vor dem 1. April unter Dach zu bringen, finden in nächster Woche und zwar Dienstag und Mittwoch außerordentliche Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung statt, während die ordentliche am Donnerstag der nächsten Woche voraussichtlich ausfällt, wenn bis dahin der Etat an-genommen worden ist.

Einer wesentlichen Bestimmung des Ortsstatuts für die Kanalisation von Berlin, das bekanntlich infolge eines Stadt-verordneten-Beschlusses vom 20. Juni 1901 geändert werden soll, hat der Oberpräsident von Vethmann-Hollweg die Ge-nehmigung verweigert. Der Oberpräsident hat bei einer nach Eingang seines schon mitgeteilten Erlasses in dieser Sache stattgehabten Unter-

redung mündlich erklärt, daß auch der § 17 der neuen Ordnung, welcher derselben rückwirkende Kraft vom 1. April 1901 gewähren will, nicht genehmigt werden könnte. Der Magistrat ist nun damit einverstanden - verschiedene Stadtverordnete angeblich aber nicht -, daß die neue Ordnung erst am 1. April 1902 in Kraft tritt.

Die Nordafrikaner Gaudin verliert, wie ein Berichterstatter meldet, je weiter die Unternehmung vordringt, mehr und mehr an Interesse für die Militärbehörde. Nachdem zunächst festgestellt ist, daß weder der Portier des Hauses Unter den Linden, nach der Reiner mit Bestimmtheit beklunden können, daß die vor dem Haupte wartenden Dragoner mit Gaudin gegen 1/2 Uhr nachmittags ge-meinsam den Weg angetreten haben, sondern es als möglich dahin-gestellt sein lassen, daß G. hinter den Dragonern her gegangen ist, hat sich jetzt ein Zeuge gemeldet, der den Emirobenten nach dem Zeitungsbericht um 1/8 Uhr in Begleitung jener Garde-Dräger in dem Bethleschen Lokal zu Brüg gesehen haben will. Dieser Zeuge ist auch der einzige, der beklundet hat, daß es sich um Aus-gehörige des 2. Garde-Drägerregiments handele. Wenn diese Angabe richtig ist, so wäre das ein neuer Beweis für die Unschuld des Dräger Schütz, den die Militärbehörde bereits seit acht Tagen für nicht mehr belastet hält. Die Gegenüberstellung des Zeugen mit sämtlichen Mannschaften des 2. Garde-Dräger-Regiments, auch den Lagarett- und Revierärzten, ist resultatlos verlaufen. Die Angaben des Zeugen ließen sich aber mit den Aus-sagen der Garderobefrau des Bethleschen Lokals vereinigen, welche überaus wichtige Beobachtungen gemacht hat. Danach hat ein Mann, auf den das Signalement des Gaudin unzuverlässig paßt, um 1/8 Uhr das Lokal betreten. Dieser Mann sprach gebrochen deutsch, verkehrte seit dem Sommer etwa alle vier Wochen bei Bethle und wurde allgemein für einen Polen ge-halten. Er war ohne jede Begleitung, sah jedoch später mit zwei Zivilisten im eifrigen Gespräch. Auf diese ist nun ein gewisser Verdacht gefallen. Der eine derselben ist groß-schlant mit dunklem Schmirzbart und Haar, dunklem Filzhut und von auffallend bloßer und kränklicher Gesichtsfarbe. Der andre wird als klein und unterseht mit ziemlich starkem Schmirzbart, blühender Ge-sichtsfarbe und beseidet mit braunem Ueberzieher und dunklem Filzhut beschrieben. Auffallend ist übrigens, daß diese Leute zum erstenmal an dem fraglichen Sonntag das Lokal besuchten und seit-dem nicht mehr bemerkt wurden, ebenso wie der Mann, den man für Gaudin hält, seitdem nicht wieder dort gesehen ist. Von einem Vergeben der inhaftierten Dräger Schütz und Schirmer kann keine Rede sein.

Der Ausschicht der Großen Berliner Straßenbahn hat der Baugenossenschaft des direktions-treuen Vereins der Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn zur Erbauung von Beamten-Wohn-häusern einen Betrag von 280 000 M. gegen 3 Proz. Verzinsung zur Verfügung gestellt, nachdem bereits früher die Direktion der ge-nannten Gesellschaft der Baugenossenschaft 3000 M. zur Deckung der Unkosten überwiesen und zehn Anteile a 300 M. gezeichnet hatte. Der Vorstand der Baugenossenschaft hat infolge dieser Subventionen am Sonntagabend ein in Dausch-Wilmersdorf in der Berlinerstr. 48/49 belegenes Grundstück erworben. Dasselbe soll nun schleunigst zu Beamten-Wohnungen umgebaut werden und zwar zunächst für die auf dem Bahnhof Westfälische Straße Bediensteten. Die Direktion der „Großen“ mag die Genossenschaft, die sich hoffentlich ihre Selbst-ständigkeit zu sichern wissen wird, immerhin unterstützen. Aber wenn die Direktion glaubt, ihre Angestellten durch ein derartiges Wohl-wollen der modernen Arbeiterbewegung absperrig zu machen, so dürfte sie schief gewickelt sein.

Ein Gattenmord an sich eigener Art beschäftigt die Kriminal-polizei. Im Keller des Hauses Krausnickstr. 24 betreibt ein Ehepaar Schilling seit zwei Jahren eine Gastwirtschaft. In dieser verkehrte seit einem Jahre auch ein Metallschleifer Faust, der bis vor acht Tagen in einer Fabrik in der Sophienstraße beschäftigt war und dann plötzlich seine Arbeit aufgab. Faust kam jeden Tag zu Schilling zum Mittagessen. Seit einem halben Jahre hatte dieser ihn im Verdacht, daß er ihn mit seiner Frau, mit der er in kinderloser Ehe lebt, betrüge. Faust versuchte vor Jahresfrist schon einmal, in dem Hause Krausnickstr. 24 eine Wohnung zu bekommen, wie man annimmt, um in der Nähe seiner Geliebten zu sein, erhielt sie aber nicht, weil er von seiner Frau getrennt lebt. Am Sonntagabend war er nicht in der Wirtschaft; daher ging Schilling um 2 Uhr mit um so größerer Ruhe zu Bett, während seine Frau noch aufbleibt, um einige Droßkollentischer, die in dem Lokal zu ver-fahren pflegen, zu bedienen. Gegen 3 Uhr wurde Schilling, der halb eingeschlafen war, durch seinen Hund, den er in die hinter der Schankküche gelegenen Privaträume (Stube und Küche) mitgenommen hatte, geweckt. Das Tier war sehr unruhig und kratzte seinen Herrn fortwährend im Gesicht und an den Händen. Als Schilling sich den Schlaf aus den Augen gerieben hatte, merkte er, das Stube und Küche mit Gas angefüllt waren. Er ging ans Fenster, schlug eine Scheibe ein und verschaffte so dem Gas Abzug. Als er sich dann von der Betäubung erholt hatte und näher umschah, fand er, daß die Gasleitung geöffnet war. Seine Frau war verschwunden, mit ihr einige Wertgegenstände, 400 M. Barg-geld und zwei Sparflaskenbäder über 300 und 400 M. Es besteht die Vermutung, daß Frau Schilling nach Verabredung mit Faust die Gasbühne aufgedreht habe, um ihren Mann durch Vergiftung zu beseitigen. Der durch seinen Hund gerettete Gemann machte der Polizei Anzeige und stellte selbst gestern den ganzen Tag über Nachforschungen nach dem Verbleib seiner Frau an. Alle Ver-mutungen, sie zu ermitteln, waren bis gestern, Montag, abend er-folglos.

Eine Unglücksbege. Um sich und ihr Kind zu vergiften, hat die 23 Jahre alte Schloßersfrau Martha Hinge geb. Went mit ihrem zweijährigen Sohne Karl ihre Wohnung in der Ulrichstr. 4 verlassen. Die junge Frau, die früher für Modellsäter zeichnete, war sehr eifersüchtig, wie ihr Mann versichert, ohne Grund. Am Mittwochabend machte Hinge im „Feldschloßchen“ an der Müllers-trasse den Ball des Hauspersonals mit. Seine Frau ließ er zu Hause, angeblich weil ihm das Fest für zwei Personen zu teuer geworden wäre. Sie war damit auch zufrieden, als er ihr versprach, daß er um 12 Uhr wieder zu Hause sein werde. Als Hinge nun aber erst am Donnerstagmorgen um 5/4 Uhr zurückkehrte, machte ihm seine Frau eine heftige Scene. Während er dann nachmittags in demselben Hause in einer Schloßerei bei der Arbeit war, ging die Frau in Sonntagsgewändern mit dem kleinen Knaben weg, ohne etwas zu hinterlassen. Einer Hausgenossen, die ihr be-gabnete, erklärte sie, daß sie sich und ihr Kind vergiften wolle. Wo sie Gift bekomme, wisse sie schon. Die Hausgenossin hielt diese Drohung nicht für ernst. Frau Hinge lehrte jedoch nicht wieder nach Hause zurück und ließ nichts mehr von sich hören. Alle Nach-forschungen nach ihrem Verbleib waren bisher erfolglos. Die Ver-mutete ist sehr klein und sämählig, hat ebenso wie ihr Söhnchen schwarzes Haar und blaue Augen und trägt einen schwarzen Rock, eine rote Bluse, einen schwarzen Hut und gelbe Lackschuhe. Das Kind trägt weiße Kleidung (Mütze, Kostümjacket, Kittel, Strümpfe) und schwarze Knöpfschuhe.

Durch ein entsetzliches Unglück sind in der vergangenen Nacht zwei junge Menschenleben vernichtet worden: Der in der Seydel-strasse wohnhafte 19jährige Handeldgehilfe Konrad Dittmar war am Sonntagabend mit seinem Verurs- und Zimmergenossen Hermann Friedmann ins Berliner Theater gegangen. Der 23jährige Weiter Dittmar, Georg W., leitete ihnen Gesellschaft. Die jungen Leute besuchten nach dem Theater verschiedene Lokale und begaben sich, ziemlich angetrunken, gegen 4 Uhr morgens auf den Heimweg. Friedmann wollte schließlich noch allein weiter gehen und trennte sich von den beiden Dittmars, diese gingen zusammen nach der Seydelstrasse, wo Georg Dittmar be-

seinem Vetter übernahmen wollte. Friedmann kam erst um 6 Uhr heim. Ein Schutzmann, der ihn kannte, schloß ihm die Haustür auf, an der sich gerade auch der Wäckerling mit dem Kräftlind eingehunden hatte. Den Eintretenden bot sich ein schrecklicher Anblick. Auf dem Hausflur lagen neben der Treppe in einer großen Blutlache regungslos zwei junge Männer, in denen Friedmann mit Entsetzen seine beiden Neffen erkennen konnte. Da man zunächst an ein Verbrechen glaubte, so rief der Schutzmann sofort die Meibers- und Kriminalpolizei. Es stellte sich aber heraus, daß die beiden jungen Männer, nachdem sie schon beinahe die Wohnung erreicht hatten, über das Geländer die Treppe hinabgefielen waren. Konrad Dittmar gab kein Lebenszeichen mehr von sich. Drei Ärzte, die alsbald erschienen, konnten nur noch seinen Tod feststellen. Er war zuerst gefallen und hatte sich den Schädel zertrümmert. Sein Vetter war auf ihn gestürzt, hatte sich aber trotzdem ebenfalls einen Schädelbruch zugezogen. Er wurde lebensgefährlich verletzt, mit einem Kopfschütteln Rettungswagen nach der Charité gebracht.

Noch nicht dagewesen. Seit zwei Tagen ist die Berliner Feuerwehre nur ein einziges Mal alarmiert worden und nicht ein Brand ist in dieser Zeit von ihr gelöscht worden, während im Durchschnitt täglich sechs Feuer gemeldet werden. Es wäre nicht nur für die Feuerwehre höchst erwünscht, wenn in Zukunft diese Ruhe in Permanenz erklärt würde.

Vom Spiel in den Tod. Ein schauerlicher Unglücksfall spielte sich Sonntag in Weimars Festgarten in der Badstraße ab. Der vierzehnjährige Schneidelerhelfer Willi Hagemann, Sohn des Schneidlers, war mit einigen Kollegen nach dem Festgarten gegangen. Die Jungen trieben bei den Schaulen ihr Spiel, als plötzlich eine Schiffkanzel durch die Luft sauste und dem kleinen Hagemann an die Stirn flog. Die Wirkung war eine ganz entsetzliche. Die schwere Schaufel hatte den Kopf des Knaben im wahren Sinne des Wortes gespalten, so daß das Gehirn austrat. Der Verunglückte wurde noch lebend nach der Infirmerie in der Badstraße gebracht. Dort wurde dem kleinen Hagemann ein Rotverband angelegt und sein Transport nach dem Lazarus-Krankenhaus, wo er im sterbenden Zustande ankam, veranlaßt. Eine Hoffnung auf Rettung des Jungen ist nicht vorhanden.

Wie das Volk sich nährt. In der Hof-Schlächterei in der Greifswalderstraße werden jährlich rund 13000 Pferde mit einem Schlachtgewicht von mehr als 2 1/2 Millionen Mark geschlachtet. Da die Betriebsbrüme dieser Privat-Schlächtereien ganz unzulänglich sind und auch in sanitärer Beziehung sehr zu wünschen übrig lassen, so hat der Staatsauschuss einstimmig eine Resolution angenommen, nach welcher die Stadtverordneten dem Magistrat zur Erwägung geben, auf dem Städtischen Viehhofe ein besonderes Schlachthaus für Pferde zu errichten. Der Ausschuss ist dabei von der Ansicht ausgegangen, daß der Genuß des Pferdeschlachtes wegen dessen Preiswürdigkeit in den ärmeren Volksschichten immer beliebter werde. Eine ähnliche Anschauung! Der Oberbürgermeister hat, wie kürzlich gemeldet, die erwünschte Hofschlächtereier bereits in Augenschein genommen.

Der Wigoldtsche Opernverein veranstaltet am Mittwoch, den 19. März, im Kongerthons Saal, Rottbuserstraße 4a, zum Behen der „Helmstädte in Berlin“ eine Aufführung der Oper „Das Rächelchen von Oranaba“. Anfang 8 1/2 Uhr. Billets à 2, 1, 50, 1 Mark im Wigoldtschen Konfektbureau, Charlottenstr. 97, in der Musikalienhandlung von Richard Röhre, Moritzplatz, in den Filialen der Firma Esler u. Wolff und an der Abendkasse erhältlich.

Aus den Nachbarorten.

Aus Schneberg wird uns geschrieben: Gelegentlich der jüngsten Etatsberatung hatten unsere Vertreter angeregt, den Besitzern zum Gewerbegebiet die erforderlichen Gesetzesbücher von Gemeindevorständen zur Verfügung zu stellen. Natürlich dürfte man nicht erwarten, daß die bürgerliche Mehrheit im Stadtparlament sich lediglich zu der Erkenntnis aufschwingen würde, daß Gesetzeskenntnis bei dieser Beschäftigung in erster Linie für die Vertreter des Gewerbegebiets unbedingt erforderlich sei. Mit knapper Not hat man sich dem auch im Staatsauschuss und zwar mit 7 gegen 6 Stimmen dazu aufgerafft, den von unseren Genossen gestellten Antrag — dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen! Sonst ist man bei Bewilligung oft sehr nebensächlicher Ausgaben nicht so ängstlich. In der außerordentlichen Sitzung am Freitag hat denn auch tatsächlich die Stadtverordneten-Versammlung sich diesen „Erwägungen“ angeschlossen.

Nach längerer Stelle sich dieselbe Mehrheit dem Antrag des Magistrats gegenüber, die Steuerstufe von 4 M. für die Einkommen von mehr als 600—800 M. außer Hebung zu bringen. Auch diesen Antrag lehnte die Versammlung ab, stimmte aber einer Resolution zu, den Magistrat zu ersuchen, eine Vorlage bezüglich Niederlegung dieser Steuerstufe einzubringen, wenn ein derartiger Gemeindevorschlag in der Stadt Berlin vorliegt. Hat man etwa Vorzugs, daß im anderen Fall ein zu großer proletarischer Zugzug nach Schneberg bei Aufhebung dieser Steuer stattfinden könnte? Und sollte dieser seitens des Ersten Bürgermeisters Wille schwerer Zeit kurz vor der Abstimmung über den neuen Gesetzentwurf in Aussicht gestellte Antrag etwa „auch nicht ernst gemeint“ gewesen sein? Oder glaubt man genug getan zu haben, wenn man den Magistrat ersucht, bei Einziehung dieser Vier-Mark-Steuer rücksichtslos zu verfahren und Forderungen zu vermeiden, eventuell die Beiträge niederschlagen, wenn Not, Arbeitslosigkeit oder Krankheit vorhanden sind?

Außerdem wurde noch ein Ausschufantrag angenommen, den Magistrat zu ersuchen, die Einführung des obligatorischen Fortbildungsgesetz-Unterrichts „in Erwägung“ zu ziehen. Ein Antrag unserer Genossen, den Krankenkassen zu ihren Vorträgen die Schulaulen kostenlos zu überlassen, wird dem Magistrat zur Vorprüfung überwiesen.

Die Position „Beitrag an das Krankenhaus in Groß-Lichterfelde mit 53 200 Mark“ wird nur unter der Bedingung in den Etat eingestellt, daß der Magistrat, dem früheren Stadtverordneten-Vorschlag zufolge, die Zahlung dieses Beitrages so lange aussetzt, bis im Krankenhaus geordnete Verhältnisse eingetreten sind.

Der bisherige Steuerzuschlag von 100 Proz. zur Betriebssteuer wird vom Etatsjahre ab auf 50 Proz. ermäßigt.

Charlottenburg. Die von der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs in Verbindung mit der Centralcommission der Krankenkassen Berlins und Vororte eingeführten hygienischen Vortragsabende gehen im Laufe dieser Woche bereits ihrem diesjährigen Ende entgegen. Dieselben finden nur noch am Dienstag, den 18. cr. in der Aula der Ober-Realschule, Schloßstr. 27, und am 21. März in der Aula der Gemeindegemeinschaft, Weichstr. 22, statt. Am Dienstagabend wird Herr Dr. G. Steinig über „Hals, Nase und Ohr“ und am Freitagabend Herr Dr. G. Helmmann über „Schutz und Pflege des Auges“ sprechen. Die Vorträge beginnen präzis abends 8 1/2 Uhr, ihr Besuch ist für jedermann kostenlos und kann derselbe aufs wärmste empfohlen werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aktion, Kleber! Laut Versammlungsbefehl vom 16. d. M. sind folgende Firmen bis auf weiteres gesperrt: E. Feder, Lessingstraße 6; Aufhagen, Kronenstr. 11, und Köpfe u. Späthe, Klopffeldstraße 86, wegen Nichtanerkennung des Tariffs; Schmalian, Neue Winterfeldstr. 21; Harnuth, Nylstr. 28; Jander, Charlottenburg, Spreckstr. 27; Wolf u. Sohn, Charlottenburg, Grodmannstr. 58; Stiller, Eirellergasse 67; Daniel, Kastanienallee 80; Schöpf, Weisstr. 44a; Schwarzer, Linienstr. 103; Kreuzke, Dramenburgerstraße 12; Brandenburg, Kammelerstr. 23; Wilhelm, Hiltbrandstr. 4; Weinmann, Lichtenberg, Dorfstraße 19; Otto, Danzigerstr. 19; Witt, Desfoursstraße 11; Pögel, Eißnerstr. 28; Lina Gronau, Karlsruherstr. 3; Gasse, Hochmeisterstr. 28; Otto Schölke, Holzmarktstr. 10; Lobed,

Meinsbergerstr. 71; Knauer, Urdomstraße; Karl Weizheimer, Potsdamerstr. 70a, und Schöner, Kopenstr. 66/67, wegen Nichtzahlung der Tarifpreise.

Ihre Unterchrift zurückzugeben haben und deshalb gleichfalls gesperrt sind die Firmen Schieblich, Bülowstr. 36, und Weis, Prenzlauer-Allee 8.

Außer den schon veröffentlichten Bewilligungen sind noch folgende eingelaufen: Lehmann, Kaiserin-Augustastr. 73; Rademacher, Treseowstraße 39, Webersdorf, Köpenick; Max Pieper, Steinmeierstr. 93; Karl Eichenberg, Putzmeisterstr. 22; Fritz Kühn, Bülowstr. 46.

Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umgegend.

Bureau: Schützenstr. 18/19, Amt I 1908.

Aktion, Metallarbeiter! In der Motor-Fahrzeug-Fabrik Marienfelde-Berlin L.-G. ist am Montag die Arbeit eingestellt worden. Beteiligt sind 223 Mann. Die Firma beabsichtigt das mit Recht verächtliche Prämienlohn-system einzuführen, und glaubte, daß die gegenwärtige Konjunktur hierzu günstig sei. Doch haben die Arbeiter durch Niederlegen der Arbeit gezeigt, daß sie trotz der unglücklichen Geschäftslage einem Kampf gegen dies raffinierte System nicht aus dem Wege gehen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Aktion, Schuhmacher! Die Differenzen in der Schuhfabrik von Goldstein, Köpenickerstr. 55, sind beigelegt.

Die Ortsverwaltung.

Die Berliner Fleischer-Gesellen und die Kündigung und Entlassung. Wie bekannt, hatte die Berliner Fleischer-Zunft in ihrer vorletzten Sitzung auf Antrag des Gesellen-Ausschusses beschlossen, die Sonntagskündigung und Entlassung auf einen Wochentag zu verlegen. Hierüber kam es zu einem Zwiepsalt, indem die Zunft nunmehr jeden Wochentag als Kündigungs- und Entlassungstag angesehen wissen wollte, während die Gesellen nur einen noch näher zu bestimmenden Wochentag festgelegt haben wollten und dieser Forderung in einem Versammlungsbeschluss Ausdruck verliehen. — In ihrer gestrigen Sitzung beschloß sich die Berliner Fleischer-Zunft wieder mit dieser Frage und nahm nach lebhafter Diskussion unter beständigem Protest des Gesellen-Ausschusses folgenden Antrag des Zunftvorstandes mit großer Majorität an: „Die Beteiligten sollen das Recht haben, das Arbeitsverhältnis täglich aufzulösen, bezw. eine Vereinbarung über einen bestimmten Tag gemeinsam festzusetzen.“

Die Adresse des Obmannes der Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission ist Franz Post, Spandauerberg 7.

Deutsches Reich.

Der Centralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen schließt seine Jahresabrechnung mit 95 500,50 M. in Einnahme und Ausgabe ab. Der Bestand in der Hauptkasse betrug am 1. Januar d. J. 18 419,69 M. Erreulich ist es, daß die Mitgliederzahl von 6320 im Vorjahre auf 6392 in diesem Jahre gestiegen ist. Leider ist die Fluktuation der Mitglieder eine sehr hohe, so waren im verflochtenen Jahre allein 4081 Aufnahmen zu verzeichnen. Wie infolge des wirtschaftlichen Niederganges nicht anders zu erwarten war, sind die Ausgaben für Reise- und Arbeitslohn-Unterstützung ganz enorm gestiegen. Dieselben betragen zusammen 17 592,82 oder 2,75 M. pro Kopf der durchschnittlichen Mitgliederzahl im Berichtsjahre gegen 6692,16 M. oder 1,19 pro Mitglied im Jahre 1900. Diese Ausgaben sind im 4. Quartal 1901 allein höher, als im Jahre 1900 für alle vier Quartale zusammen.

In der Rahmenfabrik von G. Heise in Hannover. Firma „Göttinger Rahmenfabrik“, haben die sämtlichen Arbeiter die Arbeit eingestellt und ist Zugzwang fernzuhalten.

Während des Samstagsarbeiterstreiks in Arefeld hatte der Schriftführer Paulsen der dortigen Filiale des Textilarbeiterverbandes ein Flugblatt herausgegeben, in welchem er die Streikbrecher mit Landesverrätern im Kriege auf eine Stufe stellte. Sofort nach Verbreitung des Flugblattes wurde Paulsen verhaftet, und trotz mehrmaliger Beschwerde und Angebots einer hohen Kaution nicht entlassen, weil, wie es hieß, die zu erwartende Strafe eine hohe sei, und weil Fluchtverdacht vorliege, da Paulsen als „Streikagitator“ ein unruhiges, unständiges Leben führe. (N) Dabei ist Paulsen verheiratet und Unter mehrerer Kinder. Gleichzeitig mit der Verhaftung wurde das Flugblatt beschlagnahmt. Die Anklage wurde erhoben auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuches (Aufreizung zum Klassenhaß) und betrafte die Strafkammer in Arefeld Paulsen voriges Jahr im Oktober zu zwei Monaten Gefängnis. Auf die von Paulsen eingeleitete Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf, weil der § 130 zu Unrecht angewendet sei, da bei streikenden Arbeitern von zwei verschiedenen Bevölkerungsklassen keine Rede sein könne. In der Entscheidung wurde auf die §§ 110 und 111 des Strafgesetzbuchs hingewiesen, welche angewendet werden könnten. Bei der abernünftigen Verhandlung kam das Gericht zu einer kostenlosen Freisprechung und zwar, weil bei dem ruhigen Charakter des Angeklagten gar nicht angenommen werden könne, daß er beabsichtigt habe, die Streikenden zu Gewaltthatigkeiten aufzureden, wie es die §§ 110 und 111 voraussetzen.

Eine schärfere Verurteilung der Maßnahmen der Staatsanwaltschaft und der ersten Instanz läßt sich nicht denken. In Erwartung der hohen Strafe wird Paulsen in Untersuchungshaft genommen und wegen seines unständigen, unruhigen Lebens sechs Wochen lang festgehalten. Und nun spricht das Gericht ihn frei, weil wegen seines ruhigen Charakters nicht angenommen werden kann, daß er beabsichtige, die Streikenden zu Gewaltthatigkeiten anzuregen! Wer entscheidet jetzt unseren Genossen für die zu Unrecht erduldete Haft? Die damit verbundenen Seelenqualen lassen sich überhaupt nicht entschädigen.

Gerichts-Beitrag.

Die Vorgänge bei der Gründung der verkrachten „Industrie-Aktiengesellschaft Lichtenberg“ unterliegen jetzt der Prüfung der I. Strafkammer des Landgerichts I. Vor derselben begannen gestern die Verhandlungen einer umfangreichen Betrugsanklage, die sich gegen den aus der Untersuchungsanstalt vorgeführten Kaufmann Bernhard Fröhlich richtete. Der Angeklagte war bis Anfang 1899 alleiniger Inhaber einer zu Leipzig-Stendin unter der Firma B. Fröhlich u. Co. bestehenden Fabrik zur Herstellung runder Feuerungsanlagen und einiger Nebenerzeugnisse. Er hatte einige Patente, die nach seiner Meinung von ganz bedeutendem Werte waren. Am 10. April 1899 wurde die Fabrik mit einer zu Berlin-Lichtenberg unter der Firma B. Berger u. Freytag bestehenden Fabrik verschmolzen und aus beiden die „Industrie-Aktiengesellschaft Lichtenberg“ gegründet. Wie unangebracht hoch man den Wert der Patente und die Leistungsfähigkeit der Fabriken bemerkt, geht aus der Tatsache hervor, daß nach der ursprünglichen Absicht des Gründerkongressums das Aktienkapital auf 3 600 000 M. festgelegt werden sollte. Es wurde schließlich auf 2 400 000 M. bemessen. Der Wert des Berger u. Freytag'schen Geschäfts wurde dabei auf 400 000 M. angesetzt. Für die Einbringung seines Unternehmens erhielt der Angeklagte eine Vergütung von 1 955 000 M. in 1885 Aktien zu je 1000 M. und 100 000 M. bar. Darnach wurden ihm selbst 800 Aktien a 1000 M. und der Barbetrag von 100 000 M. zugewiesen, so daß etwas über 1 Million als Gründergewinn zu betrachten ist. Bei der Bewertung des Unternehmens des Angeklagten waren die von ihm vorgelegten Prospekte und Bilanzen maßgebend. Die Prospekte waren von Rebertheilungen und falschen Angaben durchsetzt, sie waren ganz darauf zugeschnitten, das Publikum anzulocken. So wurde ausgesagt, daß sich die Feuerungsanlagen „außerordentlich bewährt“ haben, während tatsächlich die Anlagen mehrfach wieder herausgerissen sein sollen, weil sie sich nicht bewährten. Ebenso falsch soll die Behauptung gewesen sein, daß Anlagen in Höhe von 150 000 M. in der Ausführung begriffen seien. Viele der an-

gegebenen Aufträge sollen direkt fingiert gewesen sein. Derselben sollen von den Abkäufern, die auf 790 758 M. angegeben wurden, nur 36 250 M. bezahlt gewesen sein. Die Bilanzen sollen buchmäßig korrekt, tatsächlich aber falsch und so zurückgeführt worden sein, daß der Wert des Unternehmens möglichst hoch erschien. Alle diese Anschuldigungen und unwahren Angaben sollen bei dem Plane, das Unternehmen zu „gründen“ ausfallgebend gewesen sein und schließlich den Zusammenbruch der Gründung zur Folge gehabt haben. Die Aktiengesellschaft mußte in Konkurs gehen und es sind viele Personen erheblich geschädigt worden. Nach der Schätzung des Konkursverwalters wird für die Gläubiger im günstigsten Falle eine Quote von 75 Proz. herauskommen, für die Aktienbesitzer bleibt aber nicht ein einziger Pfennig übrig. — Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichtsdirektor Tadmann, die Anklage vertritt Staatsanwalt Rat Dr. Cretschmar, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Davidsohn. Als Sachverständige sind die gerichtlichen Sachverständigen Meuter-Berlin und Conzelius-Leipzig zur Stelle, ferner Betriebsmeister Wilhelm Kaiser aus Leipzig, Ingenieur Rudolph Flietz aus Breslau und einige auf Antrag der Verteidigung geladene technische Sachverständige, darunter der Igl. sächsische Hofrat Prof. J. Lewicki-Dresden, welche sich über den Wert der Patente des Angeklagten aussprechen sollen. Die gesamten Geschäftsbücher des Angeklagten sind in hohem Maße im Gerichtszimmer aufgeschlüsselt, die Verhandlung selbst bietet kein allgemeines Interesse, da es sich um die Beantwortung zahlreicher technischer Fragen und Fragen der Buchführung handelt. Eine große Anzahl von Zeugen ist vorgeladen, außerdem müssen die Aussagen von etwa 50 außerhalb wohnenden und kommissarisch vernommenen Zeugen verlesen werden. Für die Verhandlung sind vorläufig 5 Tage bestimmt. Wir werden uns darauf beschränken, i. B. das Urteil mitzutheilen.

Das letzte Nachspiel zum „Harmlosen-Prozess“ bildete die Verhandlung, welche gestern die ganze Sitzung der dritten Strafkammer des Landgerichts I in Anspruch nahm. Unter der Anklage des gewerksmäßigen Glückspiels stand der 42-jährige Rentier Friedrich Lewin vor Gericht. Der Angeklagte spielte im „Harmlosen-Prozess“ insofern eine Rolle, als dabei zur Sprache kam, daß er sich an einem Hazardspiel, das im September 1896 im Grand Hotel zu Nürnberg stattfand, gemeinsam mit dem bekannten Spieler Wolf als Bankhalter beteiligt hatte. Lewin hatte sich damals ins Ausland begeben und ist mehrere Monate fortgeblieben. Die Anklage stützt sich zumeist auf Vermutungen und Schlussfolgerungen, die aus allerlei Verdachtsmomenten gezogen werden. Die Thatsachen werden vom Angeklagten zugestanden, daß er seit dem Jahre 1895 häufig dem Glücksspiel gehuldet und auch später in den Jahren 1897 und 1898 wiederholt im Hotel de Brusse in Leipzig die Bank gehalten habe. Er gibt auch zu, daß er mit den gerichtsbekanntem Spielern Meuter und Wolf in Verbindung gekommen und in Nürnberg mit Wolf zusammengetroffen sei. Mit aller Entschiedenheit bestritt der Angeklagte dagegen, daß er aus dem Glücksspiel ein Gewerbe gemacht habe. Sein Vater habe ihm ein so großes Vermögen hinterlassen, daß er von den Zinsen leben könne, ohne auf einen Spielgewinn angewiesen zu sein. Das Vermögen habe er selbst durch Hypotheken- und Discount-Geschäfte fort und fort vermehrt. Mit dem Hazardspiel habe er nie etwas zu thun gehabt, er kenne weder Herrn v. Ardör noch Herrn v. Kaiser und habe niemals weder im Centralhotel noch im Mineralwasserhotel noch sonstwo mit dem Harmlosen gespielt. In Nürnberg sei er zufällig mit Wolf zusammengetroffen. Als dann im September 1898 die Anklagen erregenden Enthüllungen über die Harmlosen im „Verl. Tagebl.“ erschienen, sei er auch nicht „nach dem Auslande“ gegangen, weil ein Mann seines Namens ebenfalls in dem Artikel erwähnt sei, sondern er habe fast alljährlich eine Reise nach Monte Carlo unternommen. Von den geladenen Zeugen wurde zuerst Kriminalkommissar v. Mantel vernommen. Er erklärte, daß ihm der Name des Angeklagten zuerst im Jahre 1898 aufgefallen sei. Er sei damals eine anonyme Anzeige eingegangen des Inhalts, daß der Rentier Wolf von einer Anzahl Personen ausgebeutet worden sei und wie angenommen werde, durch falsches Spiel. Unter den Bezichtigten habe sich auch Lewin befunden. Die angefertigten Ermittlungen hätten insofern keine Handhabe dazu gegeben, ihm gegen die Bezichtigten vorgehen zu können. Später habe sich gegen Lewin nur feststellen lassen, daß er häufig nach Leipzig gereist sei, um dort mit einem Herrn Marx zusammen im Hotel de Brusse die Bank aufzusetzen. Mit dem Harmlosen habe Lewin nicht in Verbindung gestanden, ein Zusammenhang mit v. Kaiser und v. Ardör habe sich nicht im geringsten nachweisen lassen. Der folgende Zeuge, Kaufmann Wolf, bestritt, daß er mit Lewin niemals gespielt habe. Die bei dem Angeklagten beschlagnahmten, von ihm, dem Zeugen, angefertigten Wechsel richteten aus rein kaufmännischen Geschäften her. Es traten dann noch andre Zeugen auf, welche den Angeklagten als einen durchaus korrekten und soliden Menschen schilderten. Auf den größten Teil der Zeugen wurde verzichtet. Staatsanwalt Schwidderath kam demnach auf Grund der Beweisaufnahme zu dem Schluss, daß der Angeklagte das Glücksspiel gewerksmäßig betrieben habe. Dafür spreche die lange Zeit und die Häufigkeit des Spiels, der Aufwand des Angeklagten und seine Reise ins Ausland, die als eine Frucht anzusehen sei. Auch der ganze Verkehr, den der Angeklagte pflegte, spreche gegen ihn. Bei der Strafverurteilung sei mildend in Betracht zu ziehen, daß der Angeklagte keine Erfassungen vernichtet habe oder besonders scharf vorgegangen sei. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen und 300 M. Geldstrafe. Der Verteidiger, Justizrat Bronner, trat mit Wärme für die Freisprechung des Angeklagten ein, indem er nachzuweisen suchte, daß derselbe wohl seiner Leidenschaft für das Spiel gefröhnt, es aber nicht zum Gewerbe gemacht habe.

Der Gerichtshof erkannte nach kurzer Beratung dahin, daß der Angeklagte des gewerksmäßigen Glückspiels zwar dringend verdächtig, aber nicht überführt und deshalb freizusprechen sei.

Die Hauptverhandlung gegen den wegen Unterschlagung verhafteten Rechtsanwalt und Notar Gustav Platon wird am 24. d. M. vor der 7. Strafkammer stattfinden. Der Angeklagte, dem Justizrat Kleinholz als Verteidiger zur Seite steht, ist im großen und ganzen geländig, so daß die Verhandlung nur kurze Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. Im Gewerkschaftshaus abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung. Wahl eines Revisors für den Centralvorstand, Stellungnahme zum Arbeitsnachweis der Holzindustrie, Herabsetzung der Unterhaltungen.

Berein der Mineralwasser-Arbeiter. Dienstag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, Schindlerstr. 21 bei Hecht Versammlung.

Centralverein der Bureau-Angestellten. Abends 8 Uhr, Rosenkalerstr. 67 bei Bauer, Vortrag des Kollegen Helgentreu: „Das Bierrecht“ (2. Teil).

Essentielle Mieter-Versammlung. veranstaltet vom Verein Berliner Wohnungsmieter, Dienstag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminkäthen, Kommandantenstr. 20. Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Wittner über: „Mietrechtliche Fragen“.

Weiter-Vorlesung für Dienstag, den 18. März 1902. Zunächst ziemlich heiter bei mäßigen südwestlichen Winden, etwas Abkühlung, aber höherer Tagestemperatur; später neue Erhebung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands. Filiale Berlin.

Am 15. März verstarb unter seit Gründung des Vereins angehörig Mitglied **Joseph Zembaldt** im 39. Lebensjahre an der Prostatitis-krankheit. — Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Kirchhofes aus statt. Ehre seinem Andenken.

Der Vorstand.